

Neue pro-islamische Parteien in der Türkei

Seufert, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seufert, G. (2002). *Neue pro-islamische Parteien in der Türkei*. (SWP-Studie, S 6). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-238525>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Günter Seufert

Neue pro-islamische Parteien in der Türkei

S 6
März 2002
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2002

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für
Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Das aktuelle Problem: mangelnde Repräsentativität der Parteien im türkischen Parlament 7

Die jüngsten Verbote pro-islamischer Parteien 7

Der geringe Rückhalt der heute im Parlament vertretenen Parteien in der Bevölkerung 8

Staat und Parteien in der Türkei 10

Die Tradition staatlicher Gestaltung der Parteienlandschaft 10

Das heutige Parteienspektrum der Türkei 11

Die Rolle des Islams in den rechten Parteien 13

»Rechts« und »links« in der Türkei 13

Die Bedeutung der Religion für die

Parteien der rechten Mitte 14

Die Bedeutung der Religion für die pro-islamische Parteientradition Necmettin Erbakans vor 1980 14

Der Islam in der Wohlfahrts- und in der Tugendpartei 16

Die neugegründeten Parteien im gegenwärtigen politischen Kraftfeld 18

Islamistische Selbstkritik und die Spaltung der Erbakan-Bewegung 18

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei 19

Die bedrohte Führerfigur: Recep Tayyip Erdoğan 19

Das Programm der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) 21

Aktuelle Situation und Politik der AKP 23

Die Wohlergehenspartei 27

Die Führungsriege 27

Das Programm der SP 27

Aktuelle Lage und Politik der SP 28

Abschließende Thesen 30

*Günter Seufert war bis August 2001 als wissenschaftlicher
Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen
Gesellschaft in Istanbul beschäftigt und arbeitet jetzt als
Korrespondent der »Berliner Zeitung« in der Türkei*

Neue pro-islamische Parteien in der Türkei

Nach dem Verbot der pro-islamischen Tugendpartei im Sommer 2001 wurden in der Türkei zwei neue religiös orientierte Parteien gegründet, die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) und die Wohlergehenpartei (SP). In allen Meinungsumfragen ist die AKP unter der Führung des früheren Istanbuler Oberbürgermeisters Recep Tayyip Erdoğan die zur Zeit populärste Partei des Landes. Sie behauptet, einen moderaten Islam im Rahmen der geltenden Verfassung zu vertreten. Das türkische Verfassungsgericht hat in seiner jüngsten Entscheidung dem Vorsitzenden Erdoğan dennoch das Recht zu einer Parlamentskandidatur abgesprochen. Damit kann nur eine Änderung der geltenden Rechtslage die politische Zukunft eines der populärsten türkischen Politiker und seiner Partei garantieren.

Parteiverbote haben im Kampf gegen den politischen Islam in der Türkei Tradition. Die beiden letzten Verbote pro-islamischer Parteien durch das Verfassungsgericht richteten sich das eine Mal gegen die damals größte Partei des Landes, Necmettin Erbakans Wohlfahrtspartei, die zur Zeit des Verbotsantrags Mehrheitspartner der Regierungskoalition war, und das andere Mal gegen die größte Oppositionspartei, die von Erbakan als Nachfolgerin der Wohlfahrtspartei ins Leben gerufene Tugendpartei.

Zwar hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im August 2001 die Klage gegen das Verbot der Wohlfahrtspartei zurückgewiesen, und auch die Ereignisse vom 11. September 2001 haben in Europa und den USA die Haltung gegenüber dem Islam eher verhärtet. Die Frage bleibt jedoch bestehen, wie eine parlamentarische Demokratie die Ausgrenzung relativ großer Gruppen der Bevölkerung von den Mechanismen politischer Teilhabe auf Dauer verkraftet. Läßt sich der politische Islam auf dem Wege gerichtlicher Verbote aus der Politik der Türkei fernhalten?

Die Frage läßt sich nur zufriedenstellend beantworten, wenn die pro-islamischen Parteien im größeren Zusammenhang der türkischen Innenpolitik analysiert werden. Wie ist das Verhältnis von Parteien und Staat in der Türkei? Welche Gruppen vertreten ihre Interessen in pro-religiösen Parteien? Und wie sind die neuen Parteien zu beurteilen?

Die Analyse gelangt zu folgenden Antworten:

► **In der Türkei herrscht eine Krise der politischen Repräsentation.** Die augenblicklich im Parlament vertretenen Parteien haben nur noch eine verschwindend geringe Unterstützung in der Bevölkerung. Das liegt zum einen daran, daß Parteien mit oppositioneller Weltanschauung regelmäßig verboten werden, zum anderen daran, daß die Wähler den Parteien insgesamt zutiefst mißtrauen.

► **Staat und Parteien sind äußerst eng miteinander verflochten.** In den 25 Jahren Einparteiherrschaft zu Beginn der Republik Türkei waren Staat und Partei fast deckungsgleich. Die Vorstellung darüber, was eine Partei ist und wie sie arbeitet, ist davon stark geprägt. Parteien sind deshalb oft eher eine Verlängerung des Staates in die Gesellschaft hinein, als daß sie Kanäle für gesellschaftliche Partizipation am Staat wären. Dieses enge Verhältnis führt dazu, daß der Staat von den Parteien die Übernahme seiner politischen Orientierung verlangen und »widerspenstige« Parteien per Verbot ausschließen kann. Dieses enge Verhältnis ist auch der Grund dafür, daß die Parteien nur über geringe eigene politische Gestaltungskraft verfügen.

► **In den verschiedenen Perioden der Republik hat der Islam ganz unterschiedliche Rollen in der türkischen Politik gespielt.** Seit Einführung des Mehrparteiensystems gilt »der Islam« als Bedrohung der laizistischen Republik Türkei. Dabei war »der Islam« in verschiedenen Perioden ein ganz unterschiedlicher Faktor in der Politik. Bis Anfang der 70er Jahre war der Islam der große Einheitsstifter für die ländlich geprägte Bevölkerung Anatoliens und sicherte Mehrheiten für die rechte Mitte. Die offen pro-islamischen Parteien der 70er dagegen waren eine Bewegung abstiegsbedrohter Handwerker und kleiner Geschäftsleute Anatoliens, die oft in islamischen Orden organisiert waren. In den 80er und 90er Jahren sollte der Islam als Richtschnur für anatolische Migranten dienen, die in den Städten neue Gemeinschaftlichkeit aufbauen wollten, und die Idee vom islamischen Staat gewann Anhänger. Heute ist der politische Islam im Niedergang begriffen, und primär wird Religionsfreiheit eingeklagt.

► **Trotz Verstädterung, Verwestlichung und Internationalisierung werden Religion und konservative Moral auch weiterhin die Politik beeinflussen.** Industrialisierung in Form staatlicher Großunternehmen wird seit 1980 in der Türkei nicht mehr betrieben. Lizenzproduktion in vielen eher kleinen Betrieben, die als Subunternehmen arbeiten, hat einen großen Anteil an Produktion und Beschäftigung. Die Atmosphäre eines »Familienbetriebs« in solchen Unternehmen fördert personelle Abhängigkeit, konservative Rollenmuster und damit »islamische« Moralvorstellungen. Pro-religiöse Parteien werden deshalb weiterhin Zulauf haben und müssen ins politische System integriert werden.

► **Die beiden neuen Parteien des pro-religiösen Spektrums unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihrer Stellung zur Religion, sondern hinsichtlich ihrer Stellung zum freien Markt und zum Staat.** Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei von Erdoğan wird von pro-religiösen Mittelschichten getragen; sie setzt auf den Markt und auf die freie Konkurrenz. Ihre jungen Kader lassen sie als eine mögliche Trägerin von Reformen erscheinen. Die Wohlergehungspartei Kutans ist stärker auf den Staat und dessen Rolle in der Wirtschaft fixiert. Beide Parteien haben sich von der Idee eines islamischen Staates verabschiedet. Beide erscheinen nicht mehr und nicht weniger demokratisch als andere türkische Parteien.

Das aktuelle Problem: mangelnde Repräsentativität der Parteien im türkischen Parlament

Das parlamentarische System der Türkei steckt in einer Krise. Das Verbot von zwei pro-islamischen Parteien in den letzten vier Jahren könnte vermuten lassen, daß die Krise vor allem in der Bedrohung durch radikale islamistische Kräfte besteht; doch es geht um mehr: um eine Krise der politischen Repräsentation. Zum einen sehen sich zunehmend größere Gruppen der Bevölkerung nicht mehr im Parlament vertreten, und zum anderen schmilzt die Unterstützung der Bevölkerung für das derzeitige Parlament dahin.

Die jüngsten Verbote pro-islamischer Parteien

Am 22. Mai 1997 reichte der Generalstaatsanwalt den Antrag auf das Verbot der pro-islamischen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi, RP) ein. Zu diesem Zeitpunkt war die Partei die stärkste parlamentarische Kraft und stellte seit Juli 1996 als Seniorpartner der Regierungskoalition den Ministerpräsidenten. Mehr noch, nachdem die Partei bereits bei den Kommunalwahlen vom März 1994 mit landesweit 19,0% siegreich gewesen war, stellte sie nicht nur in vielen Provinzhauptstädten, sondern auch in sechs der 15 türkischen Großstadtverwaltungen den Bürgermeister und bestimmte so über die Geschicke von circa 40 der 66 Millionen zählenden Bevölkerung.¹ Das Verbot erfolgte schließlich am 16. Januar 1998 wegen Verstoßes gegen das Laizismusprinzip der Republik.²

1 Vgl. Ruşen Çakır, *Ne Şariat, ne demokrasi: Refah Partisi'ni anlamak* [Weder Scharia noch Demokratie: Zum Verständnis der Wohlfahrtspartei], Istanbul 1994, S. 216ff, und Heinz Kramer, *A Changing Turkey: The Challenge to Europe and the United States*, Washington, D.C. 2000, S. 77.

2 Vgl. Christian Rumpff, *Das Verbot der Wohlfahrtspartei: Verteidigung des Laizismusprinzips durch das türkische Verfassungsgericht*, in: *Zeitschrift für Türkeistudien*, (1998) 2, S. 285–293. In der europäischen Tradition (besonders in Frankreich) steht Laizismus für die *revolutionäre* Trennung von *Kirche und Staat* und bezieht sich auf die *politische* Ebene. Im Unterschied dazu verweist *Säkularisierung* (besonders in Deutschland) auf den *allmählichen Bedeutungsverlust von Religion im Bewußtsein des Individuums und der Gesellschaft* und bezieht sich primär nicht auf die politische, sondern auf die gesell-

Am 23. Februar 1998 gründeten 41 Abgeordnete der verbotenen Wohlfahrtspartei die Tugendpartei (Fazilet Partisi, FP). In den darauffolgenden Wochen traten fast alle restlichen Abgeordneten der verbotenen RP der neugegründeten FP bei, und auch die Bürgermeister der Stadtverwaltungen, die von der verbotenen Partei in den Wahlen erobert worden waren, kamen zur Tugendpartei.

Die Tugendpartei fand sich innerhalb und außerhalb des Parlaments mit ihrer Rolle als Oppositionsführerin ab und schlug trotz eines verschärften laizistischen Kurses der Staatsführung moderate Töne an. Es war deshalb nicht – wie im Falle der Wohlfahrtspartei – verbale Kraftmeierei, die dazu geführt hatte, daß der Generalstaatsanwalt am 23. März 1999 auch gegen die Tugendpartei einen Verbotsantrag stellte. Dieses Mal wurde die Verletzung des Laizismusprinzips daran festgemacht, daß die Partei für das Recht von Studentinnen eintrat, an Universitäten Kopftuch zu tragen.³ Trotz des damit auch der Tugendpartei drohenden Verbots erzielte sie bei den Parlamentswahlen vom 18. April 1999 mit circa 6 Millionen Wählern landesweit 15,41% der Stimmen.⁴ Sie wurde damit zwar nur zur drittstärksten Kraft im Parlament, doch überflügelte sie erneut ihre Konkurrentinnen aus dem Mitte-Rechts-Lager. Nach der Regierungsbildung stellten ihre 111 Abgeordneten die führende Oppositionskraft. Die Tugendpartei konnte sich außerdem erneut vier der 15 türkischen Großstadtverwaltungen sichern.⁵ Ihr Verbot erging schließlich am

schaftliche und individuelle Ebene. Die Besonderheit des Laizismus in der Türkei besteht darin, daß dort mit staatlichen Mitteln die Bedeutung der Religion im gesellschaftlichen Leben und auf der Ebene des Individuums zurückgedrängt werden sollte und wird.

3 İsmet Berkan, *Demokrasinin yeni sınırları* [Die neuen Grenzen der Demokratie], in: *Radikal*, 24.6.2001, und *ders.*, *Türbanı tartışmamak* [Das Kopftuch nicht (mehr) diskutieren], in: *Radikal*, 27.6.2001.

4 Cengiz Çandar, *Yazık, çok yazık* [Jammerschade], in: *Yeni Şafak*, 23.6.2001.

5 Ankara, Istanbul und Konya waren bereits vorher in der Hand der Wohlfahrtspartei gewesen, hinzu kam jetzt Şanlıurfa. Die Metropolen Erzurum und Kayseri wurden an die rechtsaußen stehende Nationalistische Bewegungspartei (MHP) und die Stadt Diyarbakır an die pro-kurdische Volks-

22. Juni 2001 nach einer Verhandlungsdauer von zwei Jahren und 47 Tagen.

Der geringe Rückhalt der heute im Parlament vertretenen Parteien in der Bevölkerung

Unabhängig davon, wie die Verbote pro-islamischer, aber auch pro-kurdischer Parteien im Einzelfall zu bewerten sein mögen, führen sie in ihrer Gesamtheit zu einer unvollständigen Repräsentation breiter Wählerschichten im Parlament, der eine zunehmende Isolierung der derzeit im Parlament vertretenen Parteien gegenübersteht.⁶ (Vgl. in der gegenüberliegenden Tabelle das Bild der Parteipräferenzen in der türkischen Bevölkerung, das sich aus einer Umfrage vom Dezember 2001 ergab.⁷)

Die Zustimmung zu den Parteien der Regierungskoalition aus DSP, MHP und AnaP, die bei der letzten Wahl vom 18. April 1999 zusammen auf immerhin 53,4% der Stimmen kamen, war im Dezember 2001 auf nur 12,7% geschmolzen. Fast noch wichtiger als dies ist die geringe Identifikation mit den bisher im Parlament vertretenen Parteien insgesamt. Um diese zu errechnen, müssen zu den 12,7% der Regierungskoalition nur die 7,4% der DYP hinzugezählt werden. Die Rate liegt dann bei mageren 20,1%.

Alarmierend ist, was zugleich die These von einer Krise der Repräsentation bestätigt, daß die größte Gruppe der Wähler diejenigen bilden, die angeben, mit dem vorhandenen Parteienangebot insgesamt abgeschlossen zu haben: 38,9%.

Die in der Tabelle fehlenden Prozentzahlen entfallen auf zwei zwischenzeitlich neugegründete Parteien des pro-islamischen Spektrums, die neben der DYP im Parlament die Opposition bilden:

- ▶ die AKP, Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei von Recep Tayyip Erdoğan, muslimisch-reformistisch, wirtschaftsliberal mit 21,1% und
- ▶ die SP, Wohlergehenpartei von Recai Kutan, pro-islamisch, sozial-religiös mit 2,6%.

demokratische Partei (HaDeP) verloren. Vgl. Milliyet, 21.4.1999.

⁶ Vgl. zur Geschichte der politischen Parteien der Türkei nach 1980: Harald Schüler, Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, Hamburg 1998 (Schriftenreihe des Deutschen Orient-Instituts), S. 27–115.

⁷ ANAR [Ankara Sosyal Araştırmalar Merkezi – Sozialforschungszentrum Ankara], Aralık 2001 Türkiye Gündemi Araştırması [Umfrage zur politischen Staatsordnung, Dezember 2001], 2.1.2002.

MHP, Nationalistische Bewegungspartei von Devlet Bahçeli, nationalistisch, oft anti-europäisch, Regierungskoalition	5,4%
DYP, Rechter-Weg-Partei von Tansu Çiller, rechts-national, provinzielle Wählerschichten, Opposition	7,4%
CHP, Republikanische Volkspartei von Deniz Baykal, laizistisch, seit 1999 erstmals nicht im Parlament vertreten	6,3%
HaDeP, Volksdemokratische Partei von Murat Bozlak, pro-kurdisch, der Nähe zur PKK bezichtigt, nicht im Parlament vertreten	4,0%
AnaP, Mutterlandspartei von Mesut Yılmaz, großbürgerlich, wirtschaftsliberal, pro-europäisch, Regierungskoalition	4,5%
DSP, Demokratische Linkspartei von Ministerpräsident Bülent Ecevit, rechts-kemalistisch, sozial-national, Regierungskoalition	2,8%
BBP, Große Einheitspartei von Muhsin Yazıcıoğlu, Abspaltung der MHP, national-religiös, nicht im Parlament vertreten	2,1%
ÖDP, Freiheits- und Demokratipartei von Ufuk Uras, links-ökologisch, nicht im Parlament vertreten	0,9%
andere	2,0%
noch unentschieden	12,6%
überhaupt keine	26,3%

Die neugegründete AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) geht aus allen neueren Umfragen als stärkste Partei hervor. Allerdings hat sie einige Prozentpunkte von ihren anfänglich sehr hohen Umfragewerten eingebüßt und ist deutlich unter 20% gesunken.⁸ Sie wird geführt von Recep Tayyip Erdoğan, dem früheren Wohlfahrtspartei-Bürgermeister von Istanbul. Nach der jüngsten Entscheidung des Verfassungsgerichts muß Erdoğan als Gründungsmitglied zurücktreten, und seine Kandidatur bei der nächsten Wahl hängt an dem seidenen Faden einer vorherigen Gesetzesänderung.⁹

Die gegenwärtige Lage entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Nach wie vor besteht bei Wahlen die landesweite 10%-Hürde. Bei Beibehaltung der Klausel ist es jedoch fraglich, ob überhaupt eine andere Partei als die AKP genügend Stimmen erhalten würde. In jedem

⁸ Murat Yetkin, Tepki oyları AKP ve CHP'ye akıyor [Proteststimmen orientieren sich zur AKP und CHP], in: Radikal, 8.9.2001, und Nazlı Ilıcak, Millet'in aynasında siyaset [Politik im Spiegel der Nation], in: Yeni Şafak, 30.11.2001; Briefing, (18.2.2002) 1382, S. 2.

⁹ Vgl. dazu ausführlich unten »Aktuelle Situation und Politik der AKP«, S. 23ff.

Falle aber wäre die von der Staatselite¹⁰ geächtete AKP stärkste Partei im Parlament und damit natürliche Anwärterin auf die Regierung.

Die Krise der politischen Repräsentation hat eine eher weltanschauliche und eine eher funktionale Dimension. Die weltanschauliche Dimension schlägt sich in Meinungsumfragen nieder, nach denen 56,6% der Bevölkerung dem Verbot der Tugendpartei ablehnend gegenüberstehen,¹¹ was deutlich macht, daß ein großer Teil der Türken eine moderatere Version der Staatsideologie bevorzugen würde. Eine Umfrage des türkischen Unternehmerverbandes TÜSİAD vom Dezember 2001 stützt diese Annahme: In ihr sprechen sich 54,1% der Bevölkerung dafür aus, künftig Parteiverbotsverfahren zu erschweren bzw. Parteiverbote generell abzuschaffen.¹² Ungeachtet dessen votiert die (andere?) Hälfte der Bevölkerung dafür, daß Parteien, die sich gegen die Lehren Atatürks richten und/oder mit der Religion Politik machen, sofort verboten werden sollen. Das Land ist in dieser Frage weltanschaulich gespalten.

Die funktionale Dimension der Krise besteht in der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Handeln aller politischen Parteien unabhängig von der ideologischen Ausrichtung. Die TÜSİAD-Umfrage wirft ein Licht auf die Einschätzung der Parteienwirklichkeit der Türkei durch die Bevölkerung. Bei den Angaben über »Gründe dafür, daß die Türkei so schlecht regiert wird«, gab es folgendes Maß der Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen (0 = vollkommene Ablehnung; 5 = völlige Zustimmung).¹³

Die politischen Parteien erledigen/organisieren nur die Angelegenheiten ihrer Anhänger.....	4,35
Um keine Stimmen zu verlieren, verschleiern die Regierungen knappe Ressourcen.....	4,33
Die politischen Parteien vertreten das Volk nicht mehr.	4,29
Den politischen Parteien fehlt es an innerparteilicher Demokratie.	4,15
Die einzelnen politischen Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander.....	4,10
Die Abgeordneten werden nicht vom Volk, sondern vom Parteivorsitzenden (aus)gewählt.	4,10

10 Gemäß der Regel, nach der das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, ist die Staatselite mehr als ihre hauptsächlichen Komponenten: die Führungsschicht der Ankaraer Bürokratie, die vor 1980 großgewordene wirtschaftliche Elite Istanbuls, das Militär und die Presseholdings. Vgl. den ehemaligen Spitzenbürokraten Güngör Uras, Ne yaptın Baba, onu söyle [Sag, Vater (Demirel), was hast du (in all den Jahren) gemacht?], Interview, in: Radikal, 10.4.2000.

11 Vgl. ANAR, Haziran 2001 Türkiye Gündemi Araştırması [Umfrage zur politischen Staatsordnung, Juni 2001], 3.7.2001, S. 13.

12 Parteiverbote sollten erschwert werden: 36,4%, es sollte überhaupt keine Parteiverbote geben: 17,7%. Vgl. TÜSİAD [Türkischer Industriellen- und Unternehmerverband], Halkı temsil etmiyorlar [Sie (die Parteien) vertreten das Volk nicht], in: Radikal, 27.12.2001.

13 Vgl. TÜSİAD [Fn. 12].

Staat und Parteien in der Türkei

Im In- und Ausland wird der Republik Türkei als größtes Verdienst angerechnet, daß sie einen radikalen Bruch mit der islamischen Vergangenheit vollzogen hat. Das Osmanische Reich hatte sich primär über den Islam legitimiert, die Republik dagegen ist ein laizistischer Nationalstaat mit parlamentarischem politischem System. Freilich ist heute auch unbestritten, daß dieser Transformationsprozeß besonders in der Anfangsphase der Republik nahezu ausschließlich das Ergebnis zentralstaatlicher, bürokratischer Gestaltung war, die der Bevölkerung die Richtung gesellschaftlicher und politischer Entwicklung vorgab.¹⁴ Streit herrscht jedoch darüber, ob mittlerweile die Zeit für eine Innenpolitik reif sei, die eher auf Konsensusbildung als autoritäre Maßnahmen setzt.

Die Tradition staatlicher Gestaltung der Parteienlandschaft

Staatsapparat und Parteien sind in der Türkei auf besondere Weise miteinander verflochten. Die Republik erwuchs aus paramilitärischen Befreiungsorganisationen, die sich erst als Partei und dann als Staat konstituierten. In der Einparteienperiode waren Staats- und Parteiparat verschmolzen. Die Mehrparteienperiode wurde mit der Zulassung einer zweiten, einer konservativen Partei eingeleitet. Der Staat versuchte von vornherein, den Spielraum dieser Partei zu begrenzen und zu verhüten, daß sie zum Sprachrohr »unzuverlässiger Gruppen« wurde. Als »unzuverlässig« gilt seit Gründung der Republik die Bevölkerung außerhalb der städtischen und bürokratischen Zentren, die wegen religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit dem laizistischen und türkisierenden Kurs des Staates reserviert gegenüberstehen könnte.

In der Türkei haben Parteien weniger die Aufgabe, Stimmungen und Forderungen in der Bevölkerung aufzunehmen, zu bündeln und in Staatspolitik zu transformieren, als für die vom Staat oft relativ auto-

nom gesetzten Ziele Unterstützung der Bevölkerung zu rekrutieren. Dem entspricht die äußerst begrenzte Fähigkeit der türkischen Parteien, selbst politische Ziele zu formulieren und sich politische Richtlinienkompetenz anzueignen. Um es mit den Worten einer angesehenen türkischen Politikwissenschaftlerin auszudrücken: »... der türkische Politiker ist in keiner Weise in der Position, grundlegende Fragen zu diskutieren oder (auch nur) zur Diskussion zu stellen und somit die Tagesordnung zu bestimmen. In der Türkei sind die entscheidenden Fragen als sicherheitsrelevante Themen eingestuft und damit dem Militär überlassen.« Und weiter: »Ganz gleich, wie die jeweiligen Politiker auch zur Staatsideologie stehen, ob sie sich mit ihr identifizieren oder sie ablehnen, sie haben so wenig Gestaltungskraft, daß ihre Politik regelmäßig scheitert.«¹⁵

Welche Parteien in der Türkei auch immer die Regierung stellen, die Staatselite begrenzt ihren Handlungsspielraum entscheidend, und oft genug nötigt sie die Regierungen zu einem Kurs, der den Programmen der sie tragenden Parteien vollkommen konträr ist. So hatten in den frühen 90er Jahren pro-kurdische Stimmen (nach einem entsprechendem Wahlkampf der Sozialdemokratischen Populistischen Partei [SHP]) entscheidenden Anteil daran, daß die SHP unter Erdal İnönü zum kleineren Koalitionspartner wurde. Es war jedoch die von der SHP mitgetragene Regierung unter Tansu Çiller (DYP), die das Kurdenproblem vollkommen dem Militär überließ und jede Diskussion über politische Lösungen des Konflikts unmöglich machte. Im Juni 1996 stellte die pro-islamische Wohlfahrtspartei als Seniorpartner der Regierungskoalition mit Necmettin Erbakan gar den Ministerpräsidenten. Dieser hatte im Wahlkampf großspurig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel angedroht, mußte aber mehrere Militärabkommen mit Tel Aviv unterzeichnen. Innenpolitisch war es der Regierung Erbakan vorbehalten, auf Empfehlung des von den Militärs dominierten Nationalen Sicherheitsrats den »Kampf gegen die religiöse Reaktion« aufzunehmen. Damit machte (wenn auch gezwungenermaßen)

¹⁴ Vgl. Vgl. Ayşe Kadioğlu, *Cumhuriyet iradesi, demokrasi muhakemesi* [Republikanischer Wille versus demokratische Abwägung], İstanbul 1999, und *dies.*, *The Paradox of Turkish Nationalism and the Construction of Official Identity*, in: *Middle Eastern Studies*, 23 (1996) 2, S. 177–193.

¹⁵ Ümit Cizre, *Yeni lider tipi Kemal Derviş* [Kemal Derviş, der neue Führertyp], Interview, in: *Radikal*, 7.5.2001.

ausgerechnet der pro-islamische Ministerpräsident den Frommen, seiner originären Wählerschaft, das Leben schwer. Der Regierung Ecevit und Bahçeli ist es bisher nicht anders ergangen. Ecevit mußte allen Vorstellungen von mehr sozialer Gerechtigkeit entsagen und sich dem Austeritätsprogramm des IWF beugen. Bahçelis Nationalistische Bewegungspartei (MHP), die unter dem Motto »mannhafte Politik« um die Stimmen der Frommen geworben und versprochen hatte, das strikt laizistische Vorgehen des Staates gegen islamische Orden, Verlagshäuser, Stiftungen und Geschäftsleute abzumildern, hat in dieser Beziehung keinerlei Einfluß geltend machen können.

Dieses besondere Verhältnis von Parteien und Staat gilt es, sich ins Bewußtsein zu rufen, wenn Fragen wie Parteienverbot und der Grad der aktuellen Gefährlichkeit, die sich aus der Ideologie und dem Politikverständnis einer Partei ergibt, diskutiert werden. Das bislang letzte Parteiverbot wurde gegen die Tugendpartei (FP) ausgesprochen. Es war das 23. Verbot einer politischen Partei seit dem Jahre 1968, als das Verfassungsgericht für Parteiverfahren zuständig wurde.¹⁶

Das heutige Parteienspektrum der Türkei

Das Verbot sämtlicher Parteien nach dem Putsch von 1980 hat die Parteienlandschaft in besonderer Weise beeinflusst. Der beabsichtigte Effekt, eine stabile Balance zwischen einer Mitte-Rechts- und einer Mitte-Links-Partei zu etablieren, stellte sich jedoch nicht ein. Im Gegenteil: Die Zerschlagung der Parteistrukturen und das Politikverbot für die Spitzenkader führte dazu, daß im Bereich der rechten und der linken Mitte jeweils zwei Parteien entstanden, die sich programmatisch nur unwesentlich voneinander unterschieden und deshalb um so härter und schonungsloser miteinander wetteiferten. Auf der Linken ging die Entwicklung dahin, daß von einer ohnehin nur in Ansätzen bestehenden sozialdemokratischen Politik nichts übrigblieb und die beiden Mitte-Links-Parteien seit 1987 nur als Mehrheitsbeschafferinnen für rechte Politik dienen.

Die Lage der rechten Mitte ist komplizierter: Sie war bis 1973 die große integrierende politische Kraft. Von 1950 bis 1957 erhielt die rechte Mitte regelmäßig zwischen 47 und 57% der Stimmen, und auch 1969 kam sie noch auf 46,5%. Doch schon vor dem Putsch,

etwa ab 1973, hatte die rechte Mitte mit inneren Widersprüchen und Spaltungen zu kämpfen.

1973 erwuchs der Gerechtigkeitspartei (AP) Süleyman Demirels, die damals die rechte Mitte vertrat, zum ersten Mal ein ernstzunehmender Gegner aus dem eigenen Lager. Die Nationale Heilspartei (Millî Selamet Partisi, MSP) von Necmettin Erbakan machte die Förderung des anatolischen Mittelstands zu ihrem wirtschaftlichen Ziel, und ihre Rhetorik nahm deutlich Bezug auf den Islam. Bei der darauffolgenden Wahl 1977 trat ein zweiter Konkurrent der AP deutlich hervor, die rechts außen angesiedelte türkistische Nationalistische Bewegungspartei (MHP) des ehemaligen Obersten Alparslan Türkeş, die ihre turanistische (pan-türkische) Orientierung abmilderte und zunehmend islamische Vokabeln benutzte.

Diese innere Ausdifferenzierung des rechten Lagers in Mitte-Rechts, pro-islamisch-national und türkisch-nationalistisch erfolgte in der Zeit vor 1980 und führte zu den schlechten Ergebnissen der Gerechtigkeitspartei Demirels 1973 und 1977. Die Militärregierung von 1980 bis 1983 verzögerte mit ihrer restriktiven Zulassung von Parteien die institutionelle Ausdifferenzierung des rechten Lagers um circa zehn Jahre, bis zu den Wahlen von 1987 und 1991. Seit dieser Zeit entwickelten sich die beiden religiös-nationalen Parteien immer stärker zu einer Alternative zur rechten Mitte.

Die Spaltung der rechten Mitte in zwei konkurrierende Parteien, AnaP und DYP, ist hingegen das direkte Ergebnis des Staatsstreichs von 1980 und des Politikverbots für die alte Politikergarde. Diese Spaltung der rechten Mitte führte, zusammen mit der entstandenen religiös-nationalen Konkurrenz, zur Schwächung der Rechten, die früher die politische Sammlungsbewegung gewesen war, und zu ihrer Desintegration in vier miteinander konkurrierende Parteien.¹⁷ Bei der letzten Wahl 1999 erreichten die beiden Parteien der rechten Mitte (AnaP und DYP) zusammen nur 25,2% und lagen damit beide hinter den zwei religiös-nationalen Parteien (FP und MHP), deren Ergebnis zusammen 33,4% betrug. Orientiert man sich nur an den aktuellen Umfragen, entsteht der Eindruck, daß dieser relative Niedergang der rechten Mitte zu einem absoluten Untergang wird.

¹⁷ AnaP, DYP, MHP und RP/FP. Die Zahl der rechten Parteien ist eigentlich noch größer, jedoch haben lediglich die vier genannten eine eigene Parteientradition und eine Stammwählerschaft aufbauen können.

¹⁶ Radikal, 23.6.2001.

Während in den späten 60er Jahren die jeweils größte Mitte-Rechts-Partei unangefochten die Führungsrolle übernahm, sind die religiös-nationalen Parteien seit 1973 auf dem Vormarsch – unterbrochen nur durch den Putsch von 1980 (Wahl von 1983). Spätestens seit 1991 kann auch nicht mehr von der Dominanz und damit Integrationskraft einer großen Partei in der rechten Mitte gesprochen werden, denn die beiden Mitte-Rechts-Parteien zerfleischen sich gegenseitig und verlieren Rückhalt in der Gesellschaft.

Dieses politische Vakuum der rechten Mitte zu füllen ist das Ziel einer der beiden neugegründeten politischen Parteien aus dem pro-islamischen Spektrum, der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) Recep Tayyip Erdoğan. Ihr Ziel ist ein zweifaches:

1. die Spaltung des Mitte-Rechts-Lagers zu überwinden – ein Wunsch, der von weiten Kreisen geteilt wird – und
2. die gesamte Rechte wieder ideologisch zu einigen, sie in einer Partei zu versammeln (wie zu DP-, AP- und AnaP-Zeiten) und pro-religiöser, türkisch-nationalistischer und Mitte-Rechts-Politik in einer Partei ein Zuhause zu bieten. Ob dieses Ziel realistisch und ob die neugegründete Partei von ihren Kadern und deren Kompetenz her dazu in der Lage ist, ist heftig umstritten.

Die Rolle des Islams in den rechten Parteien

Auch in der Türkei kommt die politische Sprache nicht ohne die Begriffe »links« und »rechts« aus, die Bedeutung dieser Begriffe ist jedoch eine andere als in Europa. Um die Rolle, die die Religion in der Politik spielt, zu verstehen, muß deshalb auf »links« und »rechts« im türkischen Kontext eingegangen werden.

»Rechts« und »links« in der Türkei

In Europa geschah die Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung in die politische Diskussion und den politischen Streit während der Industrialisierung und der damit verbundenen sozialen Frage. In der Türkei hingegen kamen breite Teile der Bevölkerung erstmals durch einen modernisierenden Staatsapparat, der moderne Institutionen und Lebensformen einführte, mit der politischen Sphäre in Berührung. In gewisser Weise fand in der Türkei die politische Modernisierung (die politische Mobilisierung und die Etablierung partizipatorischer Systeme) vor der wirtschaftlichen Modernisierung, sprich: Industrialisierung, statt. Dies ist der Grund dafür, weshalb in großem Maße primordiale Identitäten regionaler und religiöser Art politisiert wurden und politisches Engagement nur zu einem geringen Teil in modernen Identitäten erfolgte, die sich auf moderne Formen der Vergesellschaftung stützten wie wirtschaftliche Klassen, städtische Schichten oder Berufsgruppen. Dies gab den Kontext für die Bedeutung von »rechts« und »links« vor, ein Begriffspaar, das vor 1980 ganz in der Tradition des politischen Gegensatzes zwischen Stadt und Land, Zentrum und Peripherie angesiedelt war.

»Links-Sein« stand in diesem Zusammenhang für ein elitäres Bewußtsein, welches sich aus seiner Avantgarderolle in der kemalistischen Verwestlichungsmission speiste, die im Namen des Fortschritts vorangetrieben wurde. Die kemalistischen Verwestlicher sahen sich als die Ausführenden und Hüter der »republikanischen Revolutionen« und deren Produkts, des republikanischen Staates.

»Rechts-Sein« bedeutete hingegen, einem anti-elitären Populismus anzuhängen, der sich über die Verschmelzung einer sunnitisch muslimischen Religiosität ländlicher Prägung mit ethnisch-türki-

schen Positionen darin sicher fühlte, die Mehrheit in der Gesellschaft und den »eigentlichen Kern« der türkischen Nation zu bilden. In gewisser Hinsicht stand ein »rechtes« Volk einem »linken« Staat skeptisch gegenüber.

Unter dem Deckmantel des Links-Rechts-Gegensatzes spielten kulturelle Motivationen unterschiedlichster Art eine entscheidende Rolle: Die Ablehnung oder Befürwortung der Religion, konfessionelle Zugehörigkeit zu den Sunniten oder Alewiten, sprachliche Pertinenz (Türkisch/Kurdisch), regionale Herkunft (Stadt/Land) und ererbter sozioökonomischer Status bestimmten weitgehend, wer sich auf welcher Seite des politischen Spektrums einreichte. Die politische Hyperaktivität der 70er Jahre bereitete insofern die Politisierung und Ideologisierung von erbten Zugehörigkeiten vor, die in den 80er und 90er Jahren ihren Höhepunkt erreichen sollte.

In diesem Zeitraum verliert der Links-Rechts-Gegensatz an Schärfe, und primordiale Identitäten wie Islam, Alewitentum, Kurdentum und Türkentum gelangen direkt ins Zentrum der politischen Debatte. Auf eigenartige Weise verbindet sich in diesen Jahren die Verteidigung von erbten Identitäten und Herkunftsgruppen mit der Diskussion um kulturellen Pluralismus, die aus den USA und Europa importiert wird.

Ungeachtet dessen zeigen die Wahlergebnisse von 1999, daß die türkische Gesellschaft als Ganzes nach rechts schwenkt.¹⁸ Aus dieser Wahl gingen »rechte« und »linke« Nationalisten als Sieger hervor. Den Ultrarechten der Nationalistischen Aktionspartei (MHP) gelang es, die Trauer um gefallene Soldaten im Südosten der Türkei für ihre Politik zu instrumentalisieren. Ihre Propaganda hatte vor allem jene erreicht, die den Krieg mit der PKK am eigenen Leibe zu spüren bekamen: die Türken in Zentralanatolien und in den Gebieten, wo sich Türken und Kurden am stärksten mischen, sowie die Jugendlichen, von denen jeder vierte der MHP seine Stimme gab. Auch die DSP Bülent Ecevit ruht fest im türkischen Nationalismus. Anders

¹⁸ Vgl. Heinz Kramer, Die Türkei hat gewählt. Sieg des Nationalismus, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 1999.

als bei ihrer Mitte-Links-Konkurrentin, die CHP, haben kulturell-pluralistische Positionen in Ecevit's Partei keinen Rückhalt.

Die Bedeutung der Religion für die Parteien der rechten Mitte

Der Erfolg der Mitte-Rechts-Parteien vor 1973 war eng mit der Religion verflochten.¹⁹ Die rechte Mitte vermochte eine Vielzahl von Interessengegensätzen zwischen der militärisch-bürokratischen und intellektuellen Elite des Landes auf der einen Seite und weiten Kreisen der religiös-traditionellen Bevölkerung auf der anderen in das so einfache wie überzeugende Modell eines alles überspannenden Gegensatzes zu integrieren: in den Gegensatz zwischen einer europäisierten, säkularisierten und damit dem Lande und seiner Bevölkerung entfremdeten Elite und der Mehrheit der Bevölkerung, die ihrer Moral, ihrer Sittlichkeit (und als deren Quelle) ihrer Religion verbunden ist.

Dabei stand »Religion« jedoch nicht für Vorstellungen von einem wie immer gearteten »islamischen Staat«, ²⁰ sondern war die gemeinsame identitäre Dimension großer Teile der anatolischen Bevölkerung. Der Diskurs der Demokratischen Partei (DP) von Adnan Menderes in den 50er Jahren war nicht islamistisch, sondern anti-elitär und populistisch. Menderes charakterisierte seine Partei denn auch als »Partei des Volkes«, welcher die »Partei der Bürokratie« (CHP) gegenüberstände.²¹ Sein »Erbe« als Vorsitzender einer großen Mitte-Rechts-Partei, Süleyman Demirel, beschuldigte noch 1965 in einer Wahlkampfansprache die CHP, der eigenen Bevölkerung gegenüber eine Kolonialherrenhaltung einzunehmen.

Die Regierungsübernahme durch die DP unter Menderes und später die AP unter Demirel leitete eine Änderung dieser Konstellation ein. Damit erfolgte auch ein allmählicher Umschwung in der ideologi-

schen Orientierung der anatolischen Bevölkerung. Noch in den 50er Jahren war die »nationale Identität« weiter Kreise der konservativen Wählerschaft primär muslimisch konnotiert gewesen.²² Mit der »Versöhnung zwischen Staat und Nation«, die jetzt vor sich ging, konnte der eher ethnische Entwurf vom Türken, wie ihn der Staat formulierte, mit der geschichtlich gewachsenen religiös-islamischen Dimension der Identität der Bevölkerung verschmolzen werden.²³ Der Antagonismus von Zentrum und Peripherie begann seine Hegemonie über die türkische Politik zu verlieren. Diese Entwicklung bedeutete einen großen Schritt hin zu einer muslimisch-türkischen Nation, wie wir sie heute kennen. Das für die damalige Situation Neue ließ sich Anfang der 70er Jahre an drei Phänomenen erkennen: Der Widerspruch zwischen Staat und Bevölkerung verlor an Schärfe, ein zunehmend ethnisch konnotierter türkischer Nationalismus wurde Bestandteil des ideologischen Gerüsts aller Parteien, und eine explizit pro-religiöse sowie eine explizit türkistische Partei betraten die politische Bühne.

Die Bedeutung der Religion für die pro-islamische Parteientradition Necmettin Erbakans vor 1980

Seit 1970 waren in der Türkei nacheinander insgesamt fünf pro-islamische Parteien aktiv. Die Führerschaft des »ständigen großen Vorsitzenden« Necmettin Erbakan in allen von ihnen erlaubt es, von einer einzigen parteipolitischen Bewegung zu sprechen.²⁴

Im Februar 1970 konstituierte sich die Nationale Heilspartei (Millî Nizam Partisi, MNP). Die politische Karriere des Maschinenbauprofessors Erbakan²⁵ hatte jedoch bereits 1969 begonnen. Von Konya aus wurde er als unabhängiger Kandidat direkt ins Parlament gewählt. Ein Jahr vorher, 1968, hatte er als Kandidat des kleinen und mittleren Unternehmerstandes den Vorsitz der Industrieabteilung der Türkischen Handelskammer angetreten. Die Handelskammern von

¹⁹ Vgl. dazu Nuray Mert, *The Political History of Center Right Parties*, in: S. Yerasimos/G. Seufert/K. Vorhoff (Hg.), *Civil Society in the Grip of Nationalism*, Würzburg u.a. 2000, S. 49–99.

²⁰ Solche Vorstellungen wurden erst später unter dem Einfluß ausländischer Theoretiker entwickelt. Vgl. Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei. Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden muslimischen Gesellschaft*, Stuttgart 1997, S. 286–308.

²¹ Adnan Menderes, zitiert nach Şükrü Esirçi (Hg.), *Menderes diyor ki [Menderes spricht] (1946–1950)*, İstanbul 1967, S. 146–147.

²² Vgl. Françoise Georgeon, *Les foyers turcs à l'époque kémaliste (1923–1931)*, *Turcica*, XIV (1982), S. 120–143.

²³ Vgl. M.H. Yavuz, *Turkish Identity and Foreign Policy in Flux. The Rise of Neo-Ottomanism*, in: *Critique* (Frühjahr 1998) 12, S. 30.

²⁴ MNP (1970–1971), MSP (1972–1980), RP (1983–1998), FP (1998–2001), SP (2001–?).

²⁵ Promotion an der TH Aachen und Tätigkeit bei Deutz in Köln.

Istanbul und Izmir, die von der türkischen Großindustrie beherrscht wurden, weigerten sich jedoch, seine Wahl anzuerkennen; und der damalige Ministerpräsident Süleyman Demirel zwang Erbakan, seinen Schreibtisch in der Kammer zu räumen.²⁶ Demirel verwehrte Erbakan auch einen Platz auf der Kandidatenliste seiner Demokratischen Partei (DP), was die Gründung der MNP zur Folge hatte.

Seit dieser Zeit gelten die Parteien Erbakans als Interessenvertretungen der kleineren und mittleren Handels- und Produktionskapitale Anatoliens, die sich gegen die Übermacht der Istanbuler Großindustrie wehren, welche ihr privilegiertes Verhältnis zur Staatsbürokratie seit jeher zur Erzielung von Gewinnen nutzt, die unter reinen Marktverhältnissen nicht denkbar wären.²⁷ Erbakans erster Partei war nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Wegen »Ausbeutung religiöser Gefühle« wurde sie am 20. Mai 1971, kurz nach dem Staatsstreich vom 12. März, verboten.

Als ihre Nachfolgerin formierte sich nur ein Jahr später die Nationale Heilspartei (Millî Selamet Partisi, MSP). Offene Berufung auf den Islam wäre bereits damals ein Grund dafür gewesen, die Partei nicht zuzulassen oder umgehend zu verbieten. Die Programme der genannten Parteien bezogen sich deshalb nicht auf den Islam an sich, nicht auf den Koran oder auf das religiöse Recht, sondern auf die »tausendjährige Geschichte der Türken«, was die tausend Jahre seit ihrer Islamisierung meinte. Man feierte den Geist und die Geisteshaltung Sultan Mehmeds II., des Eroberers von Istanbul, und das große Osmanenreich und sagte, um solche Stärke wiederzuerlangen, bedürfte es einer gesunden Wirtschaft, einer dem damaligen Beispiel entsprechenden Sitte und Moral und eines ordentlichen Staates.²⁸

Auch auf einer zweiten Ebene hatte der Islam entscheidende Bedeutung für die ersten beiden Parteien Erbakans. Denn MNP und MSP können weitgehend als Gründungen islamischer Organisationen bezeichnet werden. An der Entstehung beider Parteien hatten religiöse Orden, die von der Republik in den Unter-

grund gedrängt worden waren, entscheidenden Anteil.²⁹

Die religiösen Orden haben eine lange Geschichte und repräsentieren in der Türkei den traditionellen Islam im Unterschied zum bürokratisierten Staatsislam der Religionsbehörde und der staatlichen Bildungseinrichtungen.³⁰ Da die Wähler der MSP weitgehend aus traditionellen Milieus kamen, erhielt sie bei den Parlamentswahlen 1973 landesweit 11,8% der Stimmen, wobei sie ihre prozentual größten Erfolge in den Provinzen erzielte, die als unterentwickelt und wenig industrialisiert galten; demzufolge waren zwei von drei MSP-Wählern der Landbevölkerung zuzurechnen. Die Partei war außerdem besonders in den Gebieten erfolgreich, in denen neben Sunniten ein hoher Anteil von Alewiten lebt. Dort ruft die konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung eine stark ausgeprägte religiöse Identität hervor, wovon die Partei zu profitieren vermochte.³¹

Bei den Wahlen vier Jahre später rutschte die MSP, trotz einer absoluten Zunahme der erhaltenen Stimmen, landesweit auf 6,4% ab. Bei diesen Wahlen konnte man fast von einem Rückzug der Partei an die Ostgrenzen des Landes sprechen, denn außer Konya und Urfa war sie nur in unterentwickelten Provinzen mit mehrheitlich kurdischsprachiger Bevölkerung überdurchschnittlich erfolgreich.

Die beiden Parteien Erbakans vor 1980 waren somit eine Bewegung der traditionell religiösen, unterentwickelten Gebiete Zentralanatoliens und der kurdisch-sprechenden Peripherie gegen das in ihren Augen gottlose, laizistische, sie benachteiligende Zentrum im

²⁹ Die islamischen Ordensgemeinschaften kennen wohl eine starke innere Hierarchie, jedoch weder eine Ordenstracht noch eine Isolation des durchschnittlichen Mitglieds von der Gesellschaft und dem Alltagsleben. Das einzelne Mitglied geht seinem Beruf nach, und auch die Idee des Zölibats ist den islamischen Orden fremd. Vgl. Cemal Kafadar, *The New Visibility of Sufism in Turkish Studies and Cultural Life*, in: Raymond Lifchez (Hg.), *The Dervish Lodge*, Berkeley, Ca. 1992, S. 307–322; Esther Peskes, *Die Wahhâbia als innerislamisches Feindbild*, in: *Die Welt des Islams*, 40 (2000) 3, S. 344–374; Şerif Mardin, *The Nakşibendi Order in Turkish History*, in: Richard Tapper (Hg.), *Islam in Modern Turkey*, London 1991, S. 121–144, und Sencer Ayata, *Traditional Sufi Orders on the Periphery*, ebd., S. 223–253.

³⁰ Vgl. zur Religionsbehörde İsmail Kara, *Eine Behörde im Spannungsfeld von Religion und Staat: Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten*, in: G. Seufert/J. Waardenburg (Hg.), *Türkischer Islam und Europa*, Stuttgart u.a. 1999, S. 205–240.

³¹ Diese Gebiete liegen insbesondere in den Provinzen Çorum, Maraş, Erzurum, Sivas, Gümüşhane, Elazığ und Malatya.

²⁶ Vgl. Ruşen Çakır, *Ayet ve slogan: Türkiye’de İslamî oluşumlar* [Koranvers und politischer Slogan: Islamische Gruppierungen in der Türkei], 3. Aufl., İstanbul 1991, S. 214.

²⁷ Vgl. Mustafa Özel, *Kleines gegen großes Kapital. Unternehmensentwicklung und Staatspolitik*, in: *Istanbul Almanach*, (1998) 2, S. 9–13.

²⁸ Vgl. Çakır [Fn. 26], S. 215–216, und A. Yaşar Sarıbay, *Türkiye’de modernleşme, din ve parti politikası, MSP örnek olayı* [Modernisierung, Religion und Parteipolitik in der Türkei am Beispiel der MSP], İstanbul 1985.

Westen des Landes. In der Reaktion auf ihre ökonomische Benachteiligung und auf den »Sittenverfall« des Zentrums trafen sich sunnitische Türken und sunnitische Kurden.

Wahlanalysen zeichneten den typischen Wähler der Partei als Bauern und kleinen Selbständigen mittleren Alters, provinziell und relativ ungebildet. Die Partei erhielt verhältnismäßig wenig Unterstützung von der besonders vor der Wahl 1977 hochpolitisierten Jugend, die sich in nationalistischen und sozialistischen Gruppen organisierte und bekriegte. Als gemeinsame identitäre Dimension der großen Bevölkerungsmasse hatte der Islam in dieser Zeit seine Kraft verloren. Der Parteiislam vor 1980 war konfessionalistisch, provinziell, eher mittleren und höheren Altersgruppen als der Jugend vorbehalten und – auf der Akteursebene – nahezu ausschließlich eine Sache der Männer.

Der Islam in der Wohlfahrts- und in der Tugendpartei

Circa 15 Jahre später feierte die Wohlfahrtspartei (RP) ihre größten Erfolge in den Metropolen. Fortan sollten die Migranten aus Zentral-, Südostanatolien und der Schwarzmeerregion, die seit den 60er Jahren in die großen Städte geströmt waren, das Rückgrat der Partei bilden. 1992 lag das Ergebnis der Partei für Gesamt-Istanbul, das sonst dem Landesdurchschnitt zu entsprechen pflegte, mit 25% um 6 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 19%. Mit dieser Wahl gewann die Wohlfahrtspartei nicht nur den Bürgermeisterposten von Groß-Istanbul, sondern auch den in den Großstädten Konya, Kayseri, Diyarbakır und Erzurum. Damit hatte ab 1994 mehr als jede dritte türkische Großstadt einen pro-islamischen Bürgermeister. In diesem Jahr erschien die DYP als die Partei der Dörfler, die Wohlfahrtspartei hingegen als die Partei der Städter.

Es handelte sich freilich um Neustädter mit wenig urbaner Lebensweise, um Landflüchtige, die in der Stadt neue Gemeinschaften aufzubauen und sich mit Hilfe dieser Gemeinschaften in die Produktions- und Distributionsnetze der Stadt zu integrieren hatten. Was diesen sogenannten »Travelling Islam«, den mobilen Islam der Landflüchtigen, kennzeichnet, das sind sittliche Normen und Werte, theologisches Wissen, der Koran und politische, islamistische Konzepte.³²

³² J. Nederveen-Pieterse, *Travelling Islam*, in: A. Öncü/P. Weiland (Hg.), *Space, Culture and Power*, London 1997, S. 177–200.

Politisch gesehen ging es jetzt nicht mehr – wie etwa zu Beginn der Mehrparteienperiode – nur darum, die Masse der frommen Bevölkerung gegen das laizistische Regime in Ankara zusammenzuhalten. Die Situation war auch anders als in den 70er Jahren, als Ordensleute und eine von Abstieg bedrohte Provinz-elite über die Beschwörung einer großen islamischen (osmanischen) Vergangenheit die Einwohner unterentwickelter Regionen gegen die Reichen Istanbuls und ihre Klüngelei mit der Ankaraner Bürokratie mobilisieren wollten. Jetzt ging es (wenn auch nicht ausschließlich) darum, in urbanen Zentren neue Gemeinschaftlichkeit aufzubauen und theoretisch abstrakten islamischen Prinzipien im Stadtteil und in der Stadtverwaltung Geltung zu verschaffen. Idealerweise sollte sich der gesamte türkische Nationalstaat zum islamischen Staat entwickeln.

Vom einzelnen Gläubigen verlangte eine solche Situation mehr, als nur einem religiösen Führer Gehorsam entgegenzubringen. Die neue Lebenssituation und die veränderte Großwetterlage riefen nach individuellem Engagement für die Sache des Islams, verstanden als Einsatz für einen islamischen Staat, der seinerseits ein durch und durch modernes Konzept darstellt.

Die Wohlfahrtspartei forderte aktives Engagement, und in ihr waren Gruppen politisch aktiv, die zu Zeiten der MSP von direkter politischer Partizipation weitgehend ausgeschlossen waren: die Jugend und die Frauen. Dieser bislang unbekannte politische Aktivismus von Frauen aus niedrigen sozialen Schichten und provinzieller Herkunft steht hinter dem Streit um das Kopftuch, welches in den 70 Jahren der Republik als Teil der traditionellen weiblichen Bekleidung in der Provinz politisch keine Rolle gespielt hatte. Das Kopftuch sollte im übrigen auch im Zentrum der Verbote stehen, die gegen die Wohlfahrtspartei und ihre kurzlebige Nachfolgerin, die Tugendpartei, ausgesprochen wurden.

»Der Islam« oder besser: die Vorstellung vom Islam in der Republik Türkei hat somit in den Jahren ihres Bestehens sehr unterschiedliche Rollen in der Politik gespielt. In der Zeit der Einparteienherrschaft von 1923 bis 1946 (1950) war »der Islam« die gemeinsame identitäre Dimension der breiten Bevölkerung Anatoliens, welche dieser das politische Auftreten gegen die militärisch-bürokratische Elite in Ankara ermöglichte. In den 70er Jahren differenzierte sich die Rechte innerlich, und »der Islam« wurde zum Symbolvorrat einer sich bedroht fühlenden Provinz-elite, die sich zur Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen gegen

die Istanbuler Bourgeoisie und die Ankaraner Bürokratie mit religiösen Orden verband. In den späten 80er und den 90er Jahren hingegen wurde der Islam politisches Programm und der sogenannte islamische Staat zum Ziel erklärt. Das Konzept vom islamischen Staat war aus Ländern wie Iran, Pakistan und Ägypten importiert worden. Diese Vorstellung, an der Errichtung eines islamischen Staates teilnehmen zu können, schien den Erfahrungen vieler innerstaatlicher Migranten zu entsprechen, die bestrebt waren, in den Städten sittliche Gemeinschaften zu errichten, also die öffentliche und politische Sphäre direkt zu gestalten.

Die neugegründeten Parteien im gegenwärtigen politischen Kraftfeld

Islamistische Selbstkritik und die Spaltung der Erbakan-Bewegung

Mit dem Verbot der Tugendpartei (FP) am 22. Juni 2001 fand das Monopol Necmettin Erbakans über die pro-islamischen Parteien sein Ende. Zwar gründeten Erbakans Getreue sofort die Wohlergehungspartei (Saadet Partisi, SP), die große Mehrzahl der durch dieses Verbot »parteilos« gewordenen Abgeordneten trat dieser Partei aber nicht bei. Die meisten Abgeordneten schlossen sich der erst im August 2001 gegründeten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) an.

Schon in der Tugendpartei hatte es heftige Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Flügeln gegeben, die auf dem ersten und letzten Parteitag der FP im Mai 2000 zur Kampfabstimmung um den Parteivorsitz zwischen dem Kandidaten der »Reformer«, Abdullah Gül, und dem Parteivorsitzenden und Gefolgsmann Erbakans, Recai Kutan, geführt hatten. Gül unterlag damals, doch es wurde deutlich, daß die aktivsten Kader der Tugendpartei auf die Seite der »Reformer« gewechselt hatten.³³ Der Streit zwischen den »Reformern« und »Traditionalisten« entzündete sich am Führungsstil Erbakans, der – obwohl offiziell mit Politikverbot belegt – nach wie vor die Geschicke der FP bestimmte. Die Auseinandersetzung entwickelte sich zu einer Generalabrechnung über die Ideologie und das Politikverständnis der Partei.

Auch an der Politisierung des Islams selbst war schon vor dem Verbot der Wohlfahrtspartei innerislamische Kritik laut geworden. Diese muslimische Kritik war von Werken westlicher postmoderner Autoren beeinflusst und kulminierte in dem Vorwurf, daß der Islamismus (ähnlich wie Mikronationalismen) gerade die negativen Dimensionen des modernen Nationalstaats reproduziert, gegen den er sich in der Regel wendet. In seinem unstillbaren Verlangen nach einer kulturell einheitlichen Nation greife der moderne Nationalstaat notwendigerweise zu Zwangsmaßnahmen und marginalisiere andere Gruppen. Mikronationalismen und politisierte Religionen, so die

Kritik, tendierten ebenfalls zu einer kulturell einheitlichen Bevölkerung und seien deshalb zu einer ähnlichen Politik verdammt.³⁴

Entscheidender als theoretische Überlegungen jedoch war der offensichtliche politische Mißerfolg der Wohlfahrtspartei. Selbst an der Regierung war Erbakan nicht in der Lage, eine Neuausrichtung der türkischen Politik herbeizuführen. Die Partei konnte aus der Regierung gedrängt und verboten werden. Diese offensichtliche Machtlosigkeit kontrastierte eigenartig mit bisweilen radikalen islamistischen Tönen, welche die Partei jedoch nicht daran hinderten, immer wieder auch rechtskonservative und nationalistische Politik zu betreiben. Ein weiterer Stein des Anstoßes war der oft rein taktische Umgang mit demokratischen Begriffen und die eher instrumentelle Nutzung des parlamentarischen Systems. Beides kostete der Partei viel Sympathie, verhinderte, daß sie größere Kreise ansprechen konnte und war wesentlich dafür verantwortlich, daß das Verbot der Erbakan-Parteien nur begrenzt Kritik und keine Solidarisierung auslöste. Diese Spannung zwischen islamistischem Radikalismus, nationalistischer Anbieter bei konservativen Wählerschichten und faktischer Machtlosigkeit mußte früher oder später aufbrechen. Die Frage lautete: Keine oder aber eine andere parlamentarische Politik?

Bülent Arınç, heute Mitglied des Parteivorstands der AKP, hatte bereits im Februar 2000, als er noch Mitglied der Tugendpartei war, mit dem in der FP vorherrschenden Verständnis von Parteiarbeit gebrochen. Er sagte: »Partei ist gleich Religion, Religion ist gleich Politik, Religion ist gleich Tugendpartei, oder wie früher: Religion ist gleich Wohlfahrtspartei; das ist alles falsch. Wenn Menschen früher so geredet haben, dann war das falsch, wenn sie auf diese Weise Politik gemacht haben, dann war das eine falsche Politik. ... Wir streben keinen islamischen Staat an. Wir sind keine theokratische Partei. Wenn fromme Menschen Politik machen bzw. wenn eine Partei [wie unsere, GS] auf religiöse Gefühle Rücksicht nimmt,

³³ Vgl. R. Çakır/F. Çalmuk, Recep Tayyip Erdoğan: bir dönüşüm öyküsü [Erdoğan: Die Geschichte einer Rückkehr], Istanbul 2001, S. 183.

³⁴ Vgl. Günter Seufert, Islamist Discourse and Societal Memory in Turkey, in: A. Neuwirth/A. Pfaltzsch (Hg.), Crisis and Memory in Islamic Societies, Beirut u.a. 2001, S. 309–329.

dann ist das nicht das gleiche, wie die Religion zum Bezugspunkt der Parteiarbeit zu machen. In einem solchen Fall kann man nicht von politischem Islam sprechen.«³⁵

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei

Die bedrohte Führerfigur: Recep Tayyip Erdoğan

Der Vorsitzende der AKP ist heute der populärste Parteipolitiker der Türkei. Nur Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer überragt ihn hin und wieder bei Umfragen. Freilich hat Sezer vom Posten des Verfassungsgerichtspräsidenten direkt auf den des Staatspräsidenten gewechselt und sich niemals in den Niederungen des Parteiengezänks bewegt.

Erdoğan stammt aus einfachsten Verhältnissen.³⁶ Er wurde 1956 als erstes Kind einer Seemannsfamilie vom Schwarzen Meer in Istanbul geboren und wuchs im dortigen Armeleutenviertel Kasımpaşa auf. Die Bevölkerung vom Schwarzen Meer ist für ihre Religiosität bekannt, und Erdoğan's Vater schickte ihn nach der Grundschule auf die Predigerschule. Dort erhalten die Schüler neben der vollen Gymnasialausbildung religiöse Unterweisung, die sie zum Vorbeter und Prediger in der Moschee qualifiziert. Erdoğan war kein herausragender Schüler, aber auf vielen Feldern bewandert. Er war gut im Koranvortrag, gewann nationale Gedicht- und Aufsatzpreise und war der Star der schulischen Fußballmannschaft, dem nur aufgrund des Einspruchs des Vaters die Karriere als Profifußballer beim Istanbul Verein Fenerbahçe verwehrt blieb.

Die politische Aktivität Erdoğan's begann während seiner Studienzeit an der Istanbuler Wirtschaftshochschule. Er trat der Nationalistischen Türkischen Studentenunion³⁷ bei und wurde nur wenig später auch noch Mitglied der Jugendorganisation der zweiten Erbakan-Partei, wo er bald den Vorsitz für Istanbul übernahm. Mitte Zwanzig trat er in jene Istanbuler Ordensloge ein, zu der auch Necmettin Erbakan gehört. Die Loge hatte bei der Gründung des MSP eine entscheidende Rolle gespielt und entwickelte sich später zu einem intellektuellen muslimischen Zentrum mit eigenen Zeitschriften und einem eigenen Radiosender.

³⁵ Zitiert nach Hürriyet, 8.2.2000.

³⁶ Vgl. zum folgenden Fehmi Çalmuk, Kasımpaşalı İslamcı [Der Islamist aus Kasımpaşa], in: R. Çakır/F. Çalmuk, Recep Tayyip Erdoğan [Fn. 34], S. 11–136.

³⁷ Milliyetçi Türk Talebeler Birliği.

Aus seiner Zeit als Studenten- und Parteifunktionär lassen sich ohne Mühe Äußerungen Erdoğan's zusammentragen, die ihn als beinhalten Islamisten, Antidemokraten, unversöhnlichen Kritiker des türkischen Laizismus und Gegner Europas zeichnen.

Mit Gründung der Wohlfahrtspartei 1983 übernahm Erdoğan den Vorsitz der Parteigliederung für die Provinz Istanbul. Er war maßgeblich daran beteiligt, daß die Partei ihre ausschließliche Orientierung auf fromme Moscheebesucher aufgab und sich neben wirtschaftlichen und moralischen auch mit sozialen Fragen beschäftigte. Auf Drängen seiner Istanbul Organisation wurde Erdoğan für die Kommunalwahlen 1994 als Kandidat für das Oberbürgermeisteramt nominiert. Die Zentrale der Partei fürchtete bereits damals, Erdoğan könne sich zum Konkurrenten Erbakans mausern. Während des Wahlkampfs startete die laizistische Presse eine Kampagne gegen Erdoğan und beschuldigte ihn, das kleine Siedlerhaus, in dem er lebte, illegal errichtet zu haben. Statt ihm zu schaden, schlug die Kampagne zu seinen Gunsten um. 60% der Bebauung Istanbul's sind illegal, und den kleinen Leuten in ähnlicher Lage erschien Erdoğan als einer von ihnen, ein Mann aus dem Volke.

Als Oberbürgermeister folgte Erdoğan auf die Sozialdemokraten, die sich durch eine Fülle von Korruptionskandalen diskreditiert hatten. Seine Amtsführung verschaffte ihm Anerkennung weit über die Stammwählerschaft der Partei hinaus. Die Stadtverwaltung arbeitete effektiv, ihm und seiner Equipe konnten auch nach seiner Amtszeit keine größeren Verfehlungen nachgewiesen werden. Aus dieser Zeit stammt das Image Erdoğan's als sauberer Politiker, das die Popularität, die er wegen seiner Volkstümlichkeit bereits hatte, noch verstärkte.

Unter dem Einfluß des Militärs drängte der Nationale Sicherheitsrat am 28. Februar 1997 die Regierung Erbakan, Maßnahmen gegen die »religiöse Reaktion« zu ergreifen, und zwang die Wohlfahrtspartei, an dem Ast zu sägen, auf dem sie selber saß. Während Erbakan dem Druck der Generäle nachgab, profilierte sich Erdoğan in einer eher oppositionellen Rolle. Ein Gedicht des republikanischen Chefideologen Zia Gökalp, das Erdoğan während einer Rede in der südostanatolischen Stadt Siirt rezitierte, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. In dem Gedicht werden die Gläubigen als Soldaten, die Minarette als Bajonette und die Moscheen als Kasernen bezeichnet. Gökalp hatte es seinerzeit gegen die Besetzung des Osmanischen Reiches durch (christlich) europäische Mächte am Ende des Ersten Weltkriegs verfaßt. Im April 1998

wurde Erdoğan vom Staatssicherheitsgericht Diyarbakır wegen »Volksverhetzung«³⁸ zu zehn Monaten Haft verurteilt, die er teilweise verbüßte. Dem Urteil lag die Überlegung zugrunde, daß sich der Aufruf des Gedichts zu »islamischer Solidarität« heute nur gegen den laizistischen Staat richten könne.

In den Augen von Erdoğan's Anhängern machte die Verurteilung ihn zum Helden, dem Unrecht widerfuhr. Obwohl er über zwei Jahre lang kein Amt innehatte, ist seine Popularität seit dieser Zeit ungebrochen. In einer Untersuchung, die im Sommer 1998 unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt wurde, führte Erdoğan mit 10,2% die Liste derjenigen an, die man sich an der Spitze des Staates wünschte.³⁹ In einer Umfrage des Instituts ANAR vom Juni 2001 wurden Wähler der eben erst verbotenen Tugendpartei gefragt, wer Parteivorsitzender einer Folgepartei werden sollte: 63,8% votierten damals für Erdoğan.⁴⁰ Addierte man zu dieser Popularität des Spitzenkandidaten die Umfrageergebnisse für die Partei, die chronische Wirtschaftskrise und die Unzufriedenheit der Wähler mit den anderen Parteien, schien alles auf einen Einzug der AKP ins Parlament und auf ihre Beteiligung an der Regierung hinzudeuten.

Am 8. Januar 2002 jedoch wurden durch eine Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts die glänzenden Aussichten Erdoğan's schwer getrübt. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß Erdoğan als Gründungsmitglied seiner Partei zurücktreten müsse, falls die Partei die Einleitung eines Verbotsverfahrens vermeiden wolle. Die Entscheidung stützt sich auf § 8 des

³⁸ Die Verurteilung erfolgte nach § 312 Türkisches StGB. Er verbietet es, »unter Hinweis auf sprachliche, religiöse, rassische oder konfessionelle Unterschiede das Volk zu Haß und Feindschaft aufzustacheln«. Auf diese harmlos klingende Formulierung beruft sich die türkische Justiz nicht nur, wenn im Namen des Islams Politik gemacht wird. Der Paragraph wird auch gerne benutzt, um kurdische oder alewitische Aktivisten abzustrafen. Weil für die Gerichte der Tatbestand oft schon damit erfüllt ist, daß der Täter auf die Existenz unterschiedlicher kultureller Gruppen in der Bevölkerung hinweist, eignet sich § 312 hervorragend für die Verfolgung von Gesinnungsstraftätern. Mit der Änderung einzelner Verfassungsartikel Ende September 2001 wurde auch eine Änderung dieses Paragraphen notwendig. Sie erfolge Anfang Februar 2002 in einer Weise, die den Gerichten auch weiterhin viel Spielraum bei Beurteilung der Strafwürdigkeit angeklagter Handlungen (Reden, Äußerungen) läßt.

³⁹ İMV (İstanbul Mülkiyeliler Foundation – Social Research Center), Turkish Youth 98: The Silent Majority Highlighted, Ankara: Konrad Adenauer Foundation, 1999, S. 98.

⁴⁰ ANAR [Fn. 11], S. 14.

Parteiengesetzes, nach dem Parteigründungsmitglied nur derjenige sein kann, der auch als Abgeordneter wählbar ist. Damit hat das Gericht entschieden, daß Erdoğan nach der heutigen Rechtslage nicht für das Parlament kandidieren darf.⁴¹

Nachdem die Frage der Kandidatur des populärsten Politikers des Landes neun Monate in den Händen der Justiz lag, hat das Urteil des Verfassungsgericht zunächst einmal alle Rechnungen der Partei durchkreuzt und Erdoğan den Weg ins Parlament versperrt. Die Möglichkeit der Wahl zum Abgeordneten war folglich an die grundsätzliche Änderung des § 312 StGB gebunden, der den Straftatbestand hinfällig machen würde. Das ist mit der Änderung vom 6. Februar 2002 jedoch nicht eindeutig genug geschehen. Die zweite Möglichkeit Erdoğan's, die Rückgewinnung der bürgerlichen Ehrenrechte frühestens am 26. Januar 2003, ist neben dem Fristablauf an ein entsprechendes Urteil der zuständigen Großen Strafkammer gebunden, was nicht nur »gute Führung« und »Besserung« voraussetzt, sondern auch dem Generalstaatsanwalt und dem Justizminister die Möglichkeit der Berufung einräumt und das Schicksal Erdoğan's damit erneut in die Hände des Staates legt.⁴²

Der zweite Mann in der AKP ist Abdullah Gül, ehemaliger FP-Abgeordneter der anatolischen Großstadt Kayseri und seit 1969 in den Erbakan-Parteien aktiv. Gül gilt als vorsichtiger Pragmatiker und Mann des Ausgleichs. Früh begann Gül damit, die grundsätzliche Trennung zwischen seiner persönlichen Religiosität und seinem politischen Engagement zu betonen. So würde er beispielsweise privates Vermögen nicht zinsbringend anlegen, aber als Politiker bildeten die Gesetze des Staates für ihn den Handlungsrahmen. In gleicher Weise unterstreicht Gül die Trennung

⁴¹ Die Entscheidung der Verfassungsrichter stützt sich auch auf den § 11 des Gesetzes zur Abgeordnetenwahl, der lautetet: »Derjenige, der nach § 312 des (Türkischen) StGB verurteilt worden ist, ist als Abgeordneter nicht wählbar.« Diese Vorschrift steht in Zusammenhang mit Artikel 76 der Verfassung, der bestimmt, daß diejenigen, die wegen »ideologischer und anarchistischer« Vergehen verurteilt worden sind, nicht ins Parlament gewählt werden dürfen, auch wenn die Tat selbst Gegenstand einer Amnestie geworden ist. In dem Artikel heißt es: »Diejenigen, die wegen ideologischer oder anarchistischer Aktivitäten oder wegen der Aufstachelung zu und Förderung von solchen Straftaten verurteilt worden sind, sind auch im Falle einer Amnestie als Abgeordnete nicht wählbar.« Vgl. dazu Nazlı Ilıcak, Erdoğan, başörtüsü ve Anayasa Mahkemesi [Erdoğan, das Kopftuch und das Verfassungsgericht], in: Yeni Şafak, 11.1.2002.

⁴² Radikal, 13.1.2002.

zwischen der Theologie, für die Religionsgelehrte zuständig seien, und der politischen Arbeit, die nach säkularen Grundsätzen vor sich zu gehen habe.⁴³

Bereits die Tugendpartei hatte Gül, der in den USA studiert hat, zu verdanken, daß sich die Partei dort positiver darstellen und mit einflußreicheren Kreisen Kontakt aufnehmen konnte. Auch heute ist es Gül, der die außenpolitischen Beziehungen Erdoğans betreut, der selbst nur wenig Englisch spricht. Gül beschreibt sein Politikverständnis am liebsten mit dem Wort »rational« und vergleicht Parteien gerne mit Wirtschaftsunternehmen, die sich rationaler Strategien zur Sicherung ihres Marktanteils bedienen müßten.⁴⁴ Pointierte Stellungnahmen sind von Gül nicht zu erhalten, und mancher Beobachter glaubt, daß es der AKP unter seiner Führung leichter fallen würde, die Anerkennung des Establishments zu finden.

Aus ersten Reaktionen der Partei auf das Urteil des Verfassungsgerichts läßt sich schließen, daß die Partei an Erdoğan als Vorsitzenden festhalten, jedoch bei einer Wahl unter Führung Abdullah Güls in den Wahlkampf ziehen will. Eine solche Trennung von Parteivorsitz und Spitzenkandidat wäre für die Türkei, wo alle Parteimacht in den Händen einer Person gebündelt zu sein pflegt, ein vollkommen neues Phänomen.

Das Programm der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)⁴⁵

Die Partei befindet sich in einer schwierigen Lage. Sie ist eine Nachfolgerin der verbotenen FP und gilt einflußreichen Kreisen allein schon deshalb als Gefahr für die Demokratie, weshalb sie sich um so deutlicher zu den demokratischen Spielregeln und der Verfassung bekennt. Gleichzeitig betrachtet die Partei wesentliche Aussagen der Verfassung über den Staat als autoritär gesetzte Normen, welche Teile der Bevölkerung ausgrenzen, einen gesellschaftlichen Konsens und die »Versöhnung von Staat und Nation« verhindern.⁴⁶ Im Abschnitt »Grundrechte und Freiheiten« wird deshalb einerseits den durch die Verfassung

verabsolutierten Normsetzungen des Staates Reverenz erwiesen und andererseits versprochen, »mehr Demokratie wagen« zu wollen.

Das Programm integriert Topoi der offiziellen Rhetorik wie »die Reformen und Prinzipien Atatürks«, das sind die kemalistischen Reformen, die in der Verfassung dadurch besonders geschützt sind, daß bereits der Wunsch nach ihrer Änderung als verfassungswidrig gilt. Einer der Ecksteine der offiziellen Ideologie ist der Laizismus. Ganz in Übereinstimmung mit der offiziellen Sprachregelung wehrt sich die Partei dagegen, »daß die heiligen religiösen Werte für politische Ziele instrumentalisiert werden«. Sie verurteilt jedoch gleichzeitig »Praktiken ..., welche der Religion verbundene Menschen verletzen und diese wegen ihrer religiösen Orientierung und Lebensweise benachteiligen...« Die Partei beruft sich ihrerseits auf den Laizismus, doch sie definiert ihn um und schreibt: »Unsere Partei betrachtet die Religion als eine der wesentlichsten Institutionen der Menschheit und den Laizismus als notwendige Bedingung für die Demokratie und als Sicherung der Religionsfreiheit.« Damit macht sie deutlich, daß sie den Laizismus als Neutralität des Staates gegenüber verschiedenen Formen des religiösen Lebens verstanden wissen will.

Bei der Behandlung anderer Topoi der offiziellen Rhetorik stellt die Partei die eigene Position mehr oder weniger unvermittelt neben die zentral formulierten Prinzipien der Republik und verzichtet darauf, die Spannung zwischen ihnen zu artikulieren. So macht sie sich das Motto »Solange nicht alle frei sind, ist keiner frei« zu eigen und will das Individuum und seine Rechte nach internationalen und europäischen Standards schützen.⁴⁷ Im gleichen Atemzug bekennt sie sich zu dem offiziellen Grundsatz von der »Einheit und Unteilbarkeit des Staates und seiner Nation«,⁴⁸ ohne die herrschende Auslegung dieses Prinzips zu problematisieren.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Vertrauenskrise zwischen Parteien und Wählerschaft in der Türkei brüstet sich die AKP damit, vollkommen anders als die herkömmlichen Parteien zu sein. Ein Punkt, an dem dieser Anspruch zumindest teilweise eingelöst zu

⁴³ Sedat Ergin, Gül'den Diyanet'e yeni bakış [Die neue Sicht (Abdullah) Güls auf die Religionsbehörde], in: Hürriyet, 26.3.2000.

⁴⁴ Abdullah Gül, Şirket yönetimi bile değişiyor [Selbst die Verwaltung von Unternehmen ändert sich], Interview, in: Yeni Binyıl, 8.5.2000.

⁴⁵ Vgl. www.akparti.org/program/7.html (Zugriff 14.11.2001)

⁴⁶ Vgl. Abdüllatif Şener, Din adına siyaset [Politik im Namen der Religion], Interview, in: Radikal, 30.7.2001.

⁴⁷ Ausdrücklich genannt werden die *Internationale Erklärung der Menschenrechte*, die *Europäische Menschenrechtskonvention*, die *Charta von Paris über ein neues Europa* und das *Abschlußdokument von Helsinki*.

⁴⁸ Siehe zu den Konnotationen dieses Grundsatzes: Christian Rumpf, Minderheiten in der Türkei und die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* (1993) 1, S. 285–293 (285).

werden scheint, sind die vorgesehenen Regelungen in bezug auf finanzielle Transparenz und innerparteiliche Demokratie. Die AKP verpflichtet sich selbst zur Offenlegung aller Einnahmen und Ausgaben, ihre Kandidaten und Parteifunktionäre zur Aufdeckung ihrer Eigentumsverhältnisse. Bedeutsam ist weiterhin die innerparteiliche Vorschrift, die Kandidaten für Abgeordnetenmandate durch parteiinterne Vorwahlen zu bestimmen und damit dem bislang alles bestimmenden Einfluß des Parteivorsitzenden Grenzen zu setzen. Das Amt des Parteivorsitzenden soll außerdem auf zwei Legislaturperioden begrenzt werden. In Anbetracht der Tatsache, daß »Parteivorsitzender« in der Türkei eine Lebensstellung bezeichnet, ist dies eine revolutionäre Neuerung.

Im Abschnitt »Recht und Justiz« verspricht das Programm, einer alten Forderung von juristischen Standesorganisationen zu entsprechen und die Unabhängigkeit der Gerichte dadurch zu stärken, daß die Berufung von Richtern prinzipiell auf internen Wahlvorgängen aufbauen und nach dem Beispiel demokratischer Länder reorganisiert werden soll. Im Punkt »Demokratisierung und Zivilgesellschaft« wird versprochen, den Kopenhagener Kriterien in kürzester Zeit zu entsprechen und die Demokratisierung voranzutreiben. Die Vereinigungsfreiheit für Beamte steht als Ziel ebenso im Programm wie die Ausweitung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.

An der Eingangsformulierung zum Abschnitt »Osten und Südosten« wird exemplarisch deutlich, wie sehr die Partei sich bemüht, eine zweifache Balance zu halten: einerseits die Balance zwischen den Vorgaben des Staates und ihren eigenen Demokratisierungsvorstellungen und andererseits die Balance zwischen den verschiedenen angestammten Wählerschichten im stark türkisch-national denkenden Zentralanatolien und den ebenfalls treuen Wählern im eher kurdisch besiedelten Südosten. Es heißt: »Einige reden vom ›Südostproblem‹, andere sprechen vom ›Kurdenproblem‹ und wieder andere vom ›Terrorproblem‹; feststeht, daß es sich um ein reales Problem (unseres Landes) handelt. Im Bewußtsein seiner negativen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben wird unsere Partei hinsichtlich dieses Problems eine Politik verfolgen, die das Wohlergehen und den Wohlstand sowie die Rechte und Freiheiten der Menschen in der Region schützt und (gleichzeitig) alles vermeidet, was die Einheit der Türkei, ihren unitären Staatsaufbau und die Terrorprävention schwächen könnte, eine Politik, die über die bloße Analyse des Bestehenden hinausgeht, das Problem bei der Wurzel packt und zu

dauerhaften Lösungen führt, (jedoch auch) auf die Empfindlichkeiten der gesamten Gesellschaft Rücksicht nimmt.« An konkreten Schritten werden die Beibehaltung des Türkischen als Amts- und Unterrichtssprache, die Zulassung von »anderen Sprachen als des Türkischen in Kultur und Medien« und die »vollständige Aufhebung des Ausnahmezustands« angekündigt.

In wirtschaftlicher Hinsicht akzeptiert die Partei den Grundsatz, der Staat habe sich jeder direkten Einmischung in die Wirtschaft zu enthalten. Sie befürwortet Privatisierungen als Schritt hin zu einer rationaleren und effektiveren Wirtschaft, die sich der internationalen Konkurrenz stellt. Sie fordert den Ausbau des Außenhandels mit den Nachbarländern und eine stärkere Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. In der Energiepolitik will sie umweltfreundliche und reproduzierbare Energien fördern.

Die Partei setzt sich für den Abbau des extremen Zentralismus ein und verspricht den Kommunalverwaltungen einen größeren, garantierten Anteil am Steueraufkommen. Hinsichtlich der Rolle der Armee in der Politik heißt es: »Den Beispielen demokratischer Länder folgend, wird der Nationale Sicherheitsrat, der auf den Feldern Sicherheit und Verteidigung den Meinungsaustausch zwischen der politischen Regierung⁴⁹ und den Streitkräften gewährleistet, nach den Standards der Europäischen Union restrukturiert.« Diese Formulierung schränkt den Handlungsspielraum des Nationalen Sicherheitsrats, der heute nahezu unbegrenzt ist,⁵⁰ auf die Bereiche Sicherheit und Verteidigung ein und definiert diesen außerdem eindeutig als beratendes Gremium.

Im Abschnitt »Erziehung und Ausbildung« setzt sich die Partei für die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht von derzeit acht auf elf Jahre ein. Ab der fünften Klasse sollen »berufsbildende und allgemeinbildende Wahlfächer« angeboten und die heute achtjährige Regelschule reformiert werden. Die Brisanz dieser Formulierungen liegt darin, daß die 1998 eingeführte Ausdehnung der Schulpflicht von fünf auf acht Jahre primär die Ausblutung der Predigergymnasien zum Ziel hatte, die, als berufsbildende Schulen eingeführt, sich innerhalb einer Generation faktisch

49 »Politische Regierung« meint die gewählte Regierung im Unterschied zur Bürokratie und Staatselite.

50 Vgl. den Beitrag Bülent Tanörs in: *Körper-Stiftung* (Hg.), *Perspektiven der Zivilgesellschaft: Argumente zum deutsch-türkischen Dialog*. 6. Deutsch-Türkisches Symposium der Körper-Stiftung, Hamburg 2001, S. 40–42.

zu »alternativen allgemeinbildenden Schulen für die Kinder religiös gesinnter Eltern« entwickelt hatten. Offensichtlich will man die Ausgrenzung der religiösen Facherziehung zurücknehmen. Ungeachtet ihres liberalen Diskurses votiert die AKP für die Beibehaltung des Pflichtunterrichts in »Religions- und Sittenkunde«, der in seiner heutigen Form von alewitischen Organisationen abgelehnt wird.⁵¹

Man verspricht, die Rolle der Frauen in der eigenen Partei zu stärken, Frauen- und frauenfreundliche Organisationen zu unterstützen, jegliche Form von geschlechtsspezifischer Diskriminierung zu bekämpfen und sich insbesondere der Frauen in ländlichen Regionen anzunehmen, die immer noch Opfer sogenannter Ehrenverbrechen werden.⁵²

Den größten Raum im Programm nimmt die Außenpolitik ein. Die Reihenfolge der für die Türkei wichtigen außenpolitischen Partner im Programm zeigt die Priorität Europas und die untergeordnete Bedeutung der islamischen Welt: An erster Stelle steht die Europäische Gemeinschaft, deren Aufnahmekriterien so schnell wie möglich erfüllt werden sollen. Danach wird die NATO genannt unter Verweis auf das Recht der Türkei, in die Entscheidungen hinsichtlich der Europäischen Eingreiftruppe einbezogen zu werden. Von den USA erwartet man neben der bestehenden engen militärischen Kooperation eine Verstärkung des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Austausches. Mit Russland und den Ländern des Kaukasus will man kooperieren statt konkurrieren, und mit Griechenland soll das gegenseitige Vertrauen ausgebaut werden. Beim Thema Zypern vertritt man die offizielle türkische Position, die eine Aufnahme der geteilten Insel in die EU erst nach einer politischen Lösung vorsieht. Die Turk-Republiken Mittelasiens werden vor dem Nahen Osten und dieser vor den islamischen Ländern genannt, auf die nur noch China und der Ferne Osten sowie die türkischen Arbeiter im Ausland folgen.

Aktuelle Situation und Politik der AKP

Die politische Situation, die sich Erdoğan und seinen Anhängern nach dem Verbot der Wohlfahrtspartei bot, lässt sich mit wenigen Strichen zeichnen:

- ▶ politisches Scheitern der explizit pro-islamischen Parteienbewegung in der Türkei und Rückgang des politischen Islams weltweit,
- ▶ Abflauen des Einflusses von Necmettin Erbakan im pro-islamischen Lager der Türkei,
- ▶ Unzufriedenheit in den eigenen Reihen mit der bisherigen Politik, zunehmende Kritik am Islamismus,
- ▶ verstärkte Verinnerlichung demokratischer Parameter (wenn auch teilweise aufgrund innen- und außenpolitischen Drucks),
- ▶ offensichtliche Krise der Mitte-Rechts-Parteien und damit des gesamten parlamentarischen Systems der Türkei.

Die Lösung scheint in der Wiederherstellung der politischen Hegemonie von Mitte-Rechts zu liegen, im Aufgreifen der Tradition von Menderes, Demirel und (unter veränderten Bedingungen) Özal. Den Parteien dieser drei Politiker (Demokratische Partei, Gerechtigkeitspartei und Mutterlandspartei) gelang es, die explizit religiöse Rechte in den rechten Mainstream zu integrieren. Es war außerdem in der Regierungszeit der großen Mitte-Rechts-Parteien unter Menderes, Demirel und Özal, in der der türkische Islam in Form von Predigerschulen, Orden, Korankursen und muslimischem intellektuellem Leben sichtbarer und die harte Laizisierungspolitik zurückgefahren wurde. Diesem Erfolg der Mitte-Rechts-Politik stand das Scheitern der Wohlfahrtspartei gegenüber. Gegen explizit islamistische Projekte sprach außerdem die zunehmende internationale Einbindung der Türkei (NATO, Exportorientierung der Wirtschaft, EU, Tourismus und globaler Menschenrechtsdiskurs), welche eine isolationistische und antiwestliche Politik zunehmend unreal erscheinen ließ und zu einer Orientierung auf die Mitte zwang.

Unwiderrspochenen Berichten der Zeitung »Akşam« zufolge hatten sich Erdoğan und 20 seiner Mitstreiter bereits nach dem Verbot der Wohlfahrtspartei im Januar 1998 inoffiziell an das Militär gewandt, um die Einstellung der Militärführung zur Gründung einer rechts-liberalen Partei auszuloten. Die Anfrage sei jedoch negativ beschieden worden, und man sei der Tugendpartei nur halbherzig beigetreten.⁵³

⁵³ Akşam, 26.6.2001.

⁵¹ Vgl. Sakir Keçeli, Zorunlu din dersi ve Aleviler [Der verpflichtende Religionsunterricht und die Alewiten], in: Cem, (Mai 2000) 33/101, S. 34–37.

⁵² Ehrenverbrechen sind Gewalttaten, mit denen die Männer der Familie oder Verwandtschaft ihre Ehre wiederherstellen, die durch die »mangelnde Sexualmoral« von Frauen der Familien- oder Verwandtschaftsgruppe »verletzt« wurde und die bisweilen immer noch Verletzungen oder gar den Tod von Frauen zur Folge haben.

Seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Juli 1999 präsentiert sich Erdoğan endgültig als verantwortungsbewußter Politiker der rechten Mitte. Er suchte und fand den Kontakt zu maßgeblichen Mitgliedern des türkischen Unternehmerverbandes⁵⁴ und nahm mit der führenden politischen Reklameagentur Fühling auf, die bereits Politiker wie Özal, Ecevit und Yılmaz vermarktet hat.⁵⁵ Es folgten eine Reihe von Arbeitessen mit pensionierten Generälen, rege Kontakte mit westlichen, insbesondere US-amerikanischen Diplomaten und eine Reihe von Reisen in die USA.⁵⁶ Der israelische Botschafter in Ankara, David Sultan, ließ sich von Erdoğan über dessen Sicht des Nahost-Konflikts unterrichten, und Abraham Foxman, Präsident der jüdischen Anti Defamation League, suchte Erdoğan in Istanbul auf, um ihn zu antisemitischen Tönen der ehemaligen Wohlfahrtspartei zu befragen.⁵⁷ Im Oktober 2001 bekannte sich Erdoğan erstmals ohne Wenn und Aber zur Mitgliedschaft der Türkei in der EU und empfing die Vertreterin der EU-Kommission in Ankara.⁵⁸

Der Aufbruch in die rechte Mitte und die Öffnung zu westlichen Organisationen und Politikern bedeutet indessen nicht, daß Erdoğan den Kontakt zu traditionellen religiösen Kreisen abgebrochen hätte. Anders als Erbakan hatte Erdoğan sich nie religiöse Autorität angemaßt, und seine Beziehungen zu den religiösen Orden und Gemeinschaften waren ungetrübt. Doch der strikt laizistische Kurs der Staatsführung seit Februar 1997 läßt die Spitzen der islamischen Gemeinschaften vor einer offenen Unterstützung Erdoğan's zurückschrecken, unter ihren Mitgliedern hat er aber viele Anhänger.

Die Partei kämpfte jedoch um ihre Anerkennung durch die Staatselite und wollte nicht durch juristische oder administrative Schachzüge aus dem parlamentarischen Spiel gedrängt werden. Bei sensiblen Themen ließ sie deshalb äußerste Vorsicht walten und scheint bisher bewußt darauf zu verzichten, in den kurdisch besiedelten Gebieten in großem Rahmen Unterstützung zu organisieren. Statt wie früher in »islamistischen Internationalismus« zu investieren,

bevorzugte Erdoğan türkisch-nationale Vokabeln, sprach von der Notwendigkeit einer nationalen Haltung und der ruhmreichen Geschichte der Türken.

All das hat nicht ausgereicht, die Vorbehalte der Staatselite ihm und der Partei gegenüber auszuräumen. Neben der Justiz machten der Partei vor allem die Presse und die Generalität das Leben schwer.⁵⁹

Seit dem 28. Februar 1997, als der Nationale Sicherheitsrat ein verstärktes Vorgehen gegen die »religiöse Reaktion« durchgesetzt hat, wiesen hohe Generäle bei öffentlichen Auftritten regelmäßig darauf hin, daß die Gefahr noch nicht gebannt sei und sich die Nation unter dem Prinzip des Laizismus verbünden müsse.⁶⁰ Manchmal machte das Militär auch direkt klar, welche Parteien es als Gefahr für den Laizismus und die Einheit der Nation ansieht. So wurden anlässlich des Siegesfestes im August 2001 die Vorsitzenden der politischen Parteien vom Generalstab zu einem Empfang gebeten, nur die Führer der beiden neugegründeten Parteien des pro-islamischen Spektrums, Erdoğan und Recai Kutan, nicht. Damit signalisierte das Militär, welche Partei zwar legal, aber aus seiner Sicht nicht unbedingt legitim ist, und die Presse machte diese implizite Botschaft explizit.⁶¹ Im Gegenzug bemüht sich Erdoğan der Nation zu beweisen, daß von einer Spannung zwischen ihm und der Armee überhaupt keine Rede sein kann.

Was die Presse betrifft, sieht sich die Partei und insbesondere ihr Vorsitzender einer Kampagne ausgesetzt, die zwar für türkische Verhältnisse moderat (und damit steigerbar) ist, doch über einen anhaltenden negativen Ton in der Berichterstattung weit hinaus mit unerwiesenen Anschuldigen, Übertreibungen und Spekulationen arbeitet. So berichtete die Presse von Ermittlungen über angebliche Veruntreuungen Erdoğan's und seiner Mannschaft während seiner Amtszeit als Bürgermeister, als wären diese bereits abgeschlossen und die Beschuldigten nicht nur überführt, sondern auch rechtskräftig verurteilt.⁶² Die Frage, weshalb solche Ermittlungen erst gut zweieinhalb Jahre nach Erdoğan's Ausscheiden aus dem Amt aufgenommen wurden, wurde nicht gestellt. In ähnlicher Weise brachte die Presse bereits lange vor der Urteilsverkündung des Verfassungsgerichts Aufma-

⁵⁴ Yalın Erez, Bülent Eczacıbaşı, Sakıp Sabancı etc.

⁵⁵ Vgl. Ruşen Çakır, Globalist muhafazakâr [Ein globalismus-begeisterter Konservativer], in: R. Çakır/F. Çalmuk, Recep Tayyip Erdoğan [Fn. 34], S. 155ff.

⁵⁶ Erdoğan wurde auch eingeladen auf dem Weltwirtschaftsforum zu sprechen, das vom 31. Januar bis 4. Februar 2002 in New York stattfand. Yeni Şafak, 28.12.2001.

⁵⁷ Çakır [Fn. 57], S. 166.

⁵⁸ Çakır [Fn. 57], S. 168.

⁵⁹ Die Großindustrie, mit der Erdoğan heftig geflirtet hat, hält sich derzeit bedeckt.

⁶⁰ Vgl. die Worte des stellvertretenden Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt anlässlich der Eröffnung des Studienjahrs an der medizinischen Militärhochschule, in: Radikal, 2.10.2001.

⁶¹ Hürriyet, 31.8.2001.

⁶² Milliyet, 13.10.2001.

cher, die signalisierten, daß Erdoğan wegen Verurteilung nach § 312 sein Amt als Parteivorsitzender niederzulegen hätte und bei den kommenden Wahlen nicht für das Parlament kandidieren könnte.

Im selben Urteil, mit dem das Verfassungsgericht Erdoğan den Weg ins Parlament versperrte, entschied es außerdem, daß die Teilnahme von sechs Frauen mit Kopftuch an der Gründung der Partei grundsätzlich nicht zu beanstanden sei. Der Generalstaatsanwalt hatte auch in ihrem Fall auf die Aberkennung des Parteigründerstatus plädiert. Wie kaum ein anderes Beispiel wirft dieser Teil des Verfahrens Licht auf die kulturelle Distanz, die zwischen Mitgliedern und Anhängern pro-islamischer Parteien auf der einen Seite und der staatlichen Elite auf der anderen Seite besteht, und exemplifiziert gleichzeitig das spezifische Verhältnis von Staat und Parteien in der Türkei.

Zwar hatte der Staatsanwalt in seinem Verbotsantrag eingeräumt, daß Parteien kein Teil der Staatsverwaltung seien und gesetzliche Bekleidungsvorschriften nur für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes beständen. Doch träten Parteien an, den Staat zu gestalten. Weil der Staat nur den grundlegenden Prinzipien der Verfassung gemäß gestaltet werden könne, sei jede antilaizistische Politik verfassungswidrig. Die Parteien müßten sich deshalb, so der Staatsanwalt weiter, durch Wort und Tat zum Laizismus bekennen, und ihre Mitglieder müßten alles vermeiden, was Zweifel an ihrer Haltung aufkommen ließe.⁶³

In diesem Fall ist das Verfassungsgericht nicht der Argumentation der Staatsanwaltschaft gefolgt. Doch zieht sich deren Auslegung wie ein roter Faden durch die Urteilsbegründung des Verfassungsgerichts zum Verbot der Tugendpartei, die Anfang Januar 2002 veröffentlicht worden ist. Danach wurde die FP primär deshalb für nicht Rechters erklärt, weil sie zum Zentrum einer Politik geworden sei, die das Kopftuch im öffentlichen Raum verteidigt habe.⁶⁴

Auch wenn (oder gerade weil) ihr Vorsitzender vorläufig kalt gestellt ist, wird die AKP vorerst am parlamentarischen Spiel teilnehmen können. In der letzten Dezemberwoche 2001 hat die AKP erstmals Zahlungen im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten, und im Januar wurden die Zahlungen für 2002 angekündigt.⁶⁵

Im 550 Sitze zählenden türkischen Parlament hat die AKP heute 53 Abgeordnete (die übrigen Parteien: DSP 129, MHP 127, DYP 86, AnaP 78, SP 48, Parteilose 14, unbesetzt 12).⁶⁶ Praktische Bedeutung kam den Abgeordneten von AKP und SP bisher nur bei der Verfassungsänderung zu, die von beiden Parteien mitgetragen worden ist, obwohl ihre weitergehenden Forderungen insbesondere zur juristischen Absicherung der Situation Erdoğans und Erbakans nicht durchsetzbar waren.⁶⁷ Desgleichen wurden die auf die Verfassungsänderung zurückgehenden Änderungen des Strafrechts und des Antiterrorgesetzes vom 6. Februar 2002 mit Zustimmung der AKP verabschiedet.

Erdoğan versteht es meisterhaft, Stimmungen in der Bevölkerung aufzunehmen und in seinem Sinne populistisch zu verstärken. So kritisiert er die Abhängigkeit der Regierung vom IWF,⁶⁸ ohne auf strukturelle Probleme der Wirtschaft und des Staates einzugehen. Ganz der Saubermann reduziert er Armut und Verelendung auf Korruption und fehlende Moral. Im zentralanatolischen Çankırı, wo man stark türkisch-national empfindet, geißelte er kritische türkische Stimmen zu Zypernpolitik der Türkei als »bestellt«, das heißt gekaufte Meinungsmache. Zypern ist ihm dann »Erbe unserer Märtyrer«, das nicht »geopfert« werden dürfe. Auf Zwischenrufe zum Schicksal des zum Tode verurteilten PKK-Chefs Abdullah Öcalan sagte er: »Ihr wißt, in der Türkei gibt es Männer und Feiglinge. ... Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf nehmen. Der Name unserer Partei ist Gerechtigkeit und Entwicklung. In der Türkei sollten die Gesetze angewandt werden.«⁶⁹ Im stark traditionell geprägten Erzurum nutzte Erdoğan konservative Familienbilder und plädierte für Kinderreichtum: »Mehrt Euch und laßt uns stolz darauf sein.«⁷⁰ Kurz, Erdoğan erweist sich als meisterhafter Propagandist, der sich heute zum Beweis seiner demokratischen Überzeugung auf Voltaire und morgen zum Beweis seines Gerechtigkeitssinns auf den zweiten Kalifen des Islams, Omar, und auf Atatürk zugleich beruft.⁷¹ Von ihm ist eine enge Kooperation mit der Europäischen Union zur Demokratisierung des Regimes genauso zu erwarten

⁶³ Vgl. Radikal, 22.8.2001.

⁶⁴ Vgl. Kürsat Bumin, Gerekseli Karar'a büyük ilgi [Interesse an der Urteilsbegründung], Serie, in: Yeni Şafak, 7.-9.1.2002.

⁶⁵ Yeni Şafak, 3.1.2002. Der Wohlfahrtspartei waren im Januar 1998 entsprechende Zahlungen kurz vor ihrem Verbot verwehrt worden.

⁶⁶ Die linke TDP (Gesellschaftlich-Demokratische Partei), gegründet von Sema Pişkinsüt am 28.1.2002, hat drei Sitze.

⁶⁷ Nazlı Ilıcak, Anayasa ili gelen şans [Die Chancen der Verfassungsänderung], in: Yeni Şafak, 19.10.2001.

⁶⁸ Turkish Daily News, 13.9.2001.

⁶⁹ D.h., die Todesstrafe sollte vollstreckt werden. Yeni Şafak, 29.11.2001.

⁷⁰ Radikal, 15.11.2001.

⁷¹ Radikal, 15.8.2001 und Yeni Şafak, 16.11.2001.

wie – bei Konflikten – eine populistische Politik, die in der Bevölkerung weit verbreitete Ressentiments aufnimmt, sie verstärkt und für die eigene Politik kanalisiert.

Grundsätzlichere Stellungnahmen zum Reformbedarf des Regimes überläßt Erdoğan gern den Männern der zweiten Reihe. So bringt Abdüllatif Şener, Mitglied des Parteivorstands, die skeptische Stimmung unter den Zyperntürken zur Politik Ankaras zur Sprache und unterstreicht deren Mitspracherecht bei einer Lösung.⁷² Bülent Arınç, ebenfalls Mitglied des Parteivorstands, kritisiert die Unbeweglichkeit der MHP hinsichtlich der Gewährung kultureller Rechte für die kurdischsprachige Bevölkerung grundsätzlich und stellt diese Haltung sowohl im Hinblick auf die internationalen Standards als auch auf die eigene Rhetorik der MHP bloß, die gerne davon spricht, wie untrennbar Türken und Kurden in tausend Jahren türkischer Staatlichkeit zusammengewachsen seien.⁷³

Die vorsichtig reformistische Haltung der AKP, die Diskussionen, die zu ihrer Gründung führten, die vorangegangene Kritik am Islamismus und die Spaltung der Erbakan-Bewegung, das alles sind unzweifelhaft Meilensteine in der Entwicklung eines demokratischen Bewußtsein im pro-islamischen Teil der Bevölkerung. Dort kann man heute von einer größeren Verinnerlichung parlamentarischer Spielregeln ausgehen.

Davon vollkommen unabhängig ist jedoch die Frage, inwieweit die AKP ihrem Anspruch gerecht werden kann, das Vakuum in der rechten Mitte der türkischen Politik zu füllen. Unter den 74 Parteigründern lassen sich keine Persönlichkeiten aus den konservativen Parteien, dem Großbürgertum oder den bewußt säkularen Segmenten der türkischen Gesellschaft finden. Bei den 40 Gründungsmitgliedern, deren biographische Daten auf der Webseite der Partei einsehbar sind, fallen einige Merkmale sofort ins Auge: die Herkunft von der Schwarzmeerküste, wo Erdoğan neben Istanbul seine stärkste Basis hat, Tätigkeit in der Istanbul (RP/FP)-Stadtverwaltung, Engagement in pro-islamischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Mitgliedschaft im pro-islamischen Unternehmerverband und theologischer Universitätsabschluß. Kurz, vieles spricht für die Zugehörigkeit der Erdoğan-Equipe zum ehemaligen RP/FP-Netzwerk.⁷⁴

Das trifft auch auf die Parlamentarier der AKP zu. Der AKP sind bislang nur sieben Abgeordnete anderer Parteien (als der FP) beigetreten, viel zu wenige, um von einer Sammelbewegung der rechten Mitte zu sprechen. Die Kontakte Erdogans mit der türkischen Großindustrie haben sich bislang nicht ausgezahlt. Das im Unabhängigen Unternehmerverband (MÜSİAD) organisierte muslimische, sogenannte grüne Kapital sieht sich selbst staatlicher Benachteiligung ausgesetzt und hält sich daher mit offener Unterstützung der Erdoğan-Partei zurück.⁷⁵

Auch nach Gründung der AKP sind aktuellen Umfragen zufolge immer noch 12,6% der Wähler unentschieden, und 26,3% zeigen sich beim jetzigen Parteienangebot sogar vollkommen wahlunwillig. In Ankara rechnet man damit, daß es vor Ende 2003 keine Neuwahlen gibt. Bis dahin könnten sich auf der Rechten weitere Parteien etabliert haben und die bereits bestehenden werden versuchen, sich neu zu profilieren. Für die AKP wird es schwer werden, bei der kommenden Wahl viel mehr als die 20% Zustimmung zu gewinnen, die sie schon heute hat.

Vielleicht ist der größte Vorteil der AKP trotz allem ihre soziale Zusammensetzung. Sie ist die bei weitem jüngste Partei des Landes: Das Durchschnittsalter der 81 Vorsitzenden der Provinzgliederungen liegt bei 40 Jahren,⁷⁶ und die Mitglieder der Partei sind im Schnitt sogar nur 35 Jahre alt.⁷⁷ Von den 81 Provinzvorsitzenden sind 35 Politikneulinge.⁷⁸ Nach Erdoğan soll für alle Vorstände eine Frauenquote von 20% gelten.⁷⁹

Anders als in den anderen Parteien sind die Mitglieder der AKP nicht mehr primär von den Rechts-Links-Auseinandersetzungen der 70er geprägt, sondern von den Themen der darauffolgenden Jahre und Jahrzehnte wie kulturelle Einheit der Nation und die kurdische Frage, staatlich definierter Laizismus und Islamismus, unbedingte nationalstaatliche Souveränität und Einbindung in suprastaatliche Strukturen wie die EU, Staatsräson und Menschenrechte. Im Rechts-Links-Gegensatz waren die politischen Strategien aller Parteien ausschließlich auf die Eroberung des Staates angelegt, der selbst kein Gegenstand der Analyse war. Demgegenüber sind die strittigen Punkte nach 1980 die Art und die Politik der Republik, und die Diskussionen bewegen sich entlang der Linie »individuelle

⁷² Şener [Fn. 48].

⁷³ Bülent Arınç, MHP ikili oynuyor [Die MHP treibt ein doppeltes Spiel], in: Yeni Şafak, 29.11.2001.

⁷⁴ Vgl. kritisch Murat Taşdiken, Ak kadro hakkında [Über die Kader der AKP], in: Radikal, 18.8.2001, und kritisch-solidarisch Nazlı Ilıcak, Ankara'dan izlenimler [Eindrücke aus

Ankara], in: Yeni Şafak, 29.11.2001.

⁷⁵ Çakır [Fn. 57], S. 226.

⁷⁶ Yeni Şafak, 23.11.2001.

⁷⁷ Yeni Şafak, 20.11.2001.

⁷⁸ Yeni Şafak, 23.11.2001.

⁷⁹ Süddeutsche Zeitung, 1.12.2001.

und kollektive Freiheiten« versus »Legitimität staatlicher Homogenisierungsbestrebungen«. Insofern erscheint die AKP trotz aller Mängel als eine potentielle Reformkraft.

Die Wohlergehenpartei

Die Führungsriege

Recai Kutan, der Vorsitzende der Wohlergehenpartei, war bereits in der Wohlfahrtspartei (RP) Mitglied des Parteivorstandes und blickt auf eine fast vierzigjährige politische Betätigung zurück. Nachdem Erbakan im Rahmen des Banns gegen die Wohlfahrtspartei mit einem fünfjährigem Verbot parteipolitischer Tätigkeit belegt wurde, wurde Kutan auf dessen Weisung zum Vorsitzenden der Tugendpartei gewählt und nach deren Verbot mit dem gleichen Amt in der SP betraut.

Eine Reihe bekannter Gründungsmitglieder der SP gehören derselben Generation wie Kutan an und stehen für ähnliche Orientierung an der Führerfigur Erbakan und seiner Politik: Oğuzhan Asiltürk (früher Generalsekretär der RP), Lütü Doğan (ehemals Präsident der Religionsbehörde), Yasin Hatipoğlu, Temel Karamollaoğlu (früherer RP-Bürgermeister von Sivas) und Osman Yumakoğulları (langjähriger Vorsitzender von Millî Görüş in der BRD).

Das Programm der SP⁸⁰

Im Gegensatz zur AKP Erdoğan's, die sich abmüht zu widerlegen, sie sei eine Nachfolgepartei der RP und FP, bezieht sich die Wohlergehenpartei Recai Kutans ausdrücklich auf die Erbakan-Tradition. Sie nimmt Begriffe und Wendungen auf, die die Parteien Erbakans jahrzehntelang benutzt hatten und die kurz vor dem Aus für die Tugendpartei aus der Mode kamen. Während das Programm der AKP darauf gerichtet ist, Kreise anzusprechen, die bisher von den Erbakan-Parteien nicht erreicht worden waren, zielt das Programm der SP offensichtlich darauf, in einer stürmischen und ungewissen Zeit die Reihen der verbliebenen Getreuen fest zu schließen.

Dieses demonstrativen Bekenntnisses zur Erbakan-Tradition ungeachtet erweist die Partei den Vorgaben der Republik ihre Reverenz. Sie beharrt freilich wie die

AKP darauf, daß nur sie die Bestimmungen der Verfassung, die die Art der Republik festschreiben, richtig interpretiert – nämlich in Übereinstimmung mit universellen Werten.

Konkret verspricht die Partei unter der Überschrift »Leben und Sicherheit«, unmenschlicher Behandlung durch die Sicherheitskräfte wie Folter, Tod im Polizeigewahrsam entgegenzutreten und politische Morde zu verhindern. Sie kündigt die Ausweitung der Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit an und will Beschränkungen der politischen Freiheiten nur hinnehmen, wenn Gewalt im Spiele ist oder zur Gewalt aufgerufen wird.

»Religion, Gewissensfreiheit und Laizismus« bilden im Programm einen eigenen Abschnitt. Dort heißt es: »Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit gehören zu den grundlegenden Menschenrechten. Diese Rechte beinhalten auch die Wahl der Religion, die Möglichkeit, in Religion individuell oder kollektiv unterrichtet zu werden, sie öffentlich auszuüben und sich zu organisieren.« Wichtig ist, daß das Recht auf die Religionsausübung nicht mehr mit dem Recht des Muslims begründet wird, dem Islam zu folgen, sondern mit dem säkularen Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit.

Anders als die AKP entsagt die SP ihrer alten Ideologie jedoch nicht vollständig. Genannt seien die Relativierung von Mehrheitsbeschlüssen im Namen »des Rechts«, das Spielen mit der doppelten Bedeutung des arabischen Wortes »hakk« als »Recht« und »Gott« und die Betonung einheitlicher sittlicher Normen, denen alle Mitglieder der Gesellschaft durch die Bändigung ihrer triebhaften Seele (*nefis terbiyesi*) entsprechen sollten. Insgesamt gesehen sind dies jedoch nur Reminiszenzen an ein Programm, das ehemals die gesamte Gesellschaft mit mehr oder weniger sanftem Zwang zu formieren trachtete.⁸¹

Neben dieser kommunitaristischen Vorstellung von Gesellschaft steht vollkommen unvermittelt der Anspruch, eine Verfassung auszuarbeiten, die von der Individualität des einzelnen ausgeht, und die damit begründete Zurückweisung der heutigen Verfassung. Was über die Betonung des Rechte des Individuums gilt, trifft ebenso für die Absichtserklärungen hinsichtlich einer Dezentralisierung des türkischen Verwaltungssystems und der Beschränkung des Einflusses zu, den der Nationale Sicherheitsrat hat. All das wirkt wie das Wiederholen von Formeln und nicht wie das

⁸⁰ www.saadet.org.tr.

⁸¹ Vgl. Seufert [Fn. 20], S. 464–476.

Ergebnis einer gründlichen Analyse der türkischen Gesellschaft und ihres politischen Systems.

Zwar ist auch die SP für die Ausdehnung der Schulpflicht von acht auf elf Jahre, doch fordert sie offen die Abkehr von der achtjährigen Regelschule, die bei ihrer Einführung 1998 den Predigerschulen das Wasser abgegraben hat. Die Wohlergehenpartei plädiert für ein »5+3«-System, das – wie schon vor 1998 – nach der sechsten Klasse den Besuch von Predigerschulen ermöglichen würde. Wie die AKP hält die SP am verpflichtenden Religionsunterricht fest.

Ein besonders Anliegen der Partei ist der Schutz der Familie. Intakte Mehrgenerationenfamilien trügen zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit bei und minderten außerdem die staatlichen Sozialausgaben, durch welche die überindividualisierten westlichen Gesellschaft, so die Partei, heute vor unlösbaren Problemen stünden.

Ganz in der Rhetorik der Erbakan-Parteien gehalten ist das Wirtschaftsprogramm. Die gegenwärtige Lage wird mit folgenden Zahlen kurz aufgezeigt: »11 Millionen Arbeitslose (das sind) 44% der arbeitsfähigen Bevölkerung, ein monatlicher Mindestlohn von weniger als 100 Dollar, 13 Millionen Menschen an der Hunger- und 22 Millionen an der Armutsgrenze, ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 2500 Dollar im Jahr und eine (ungerechte) Einkommensverteilung, mit der die Türkei (hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit) unter 190 Ländern den 12letzen Platz einnimmt.«

Die 500 größten Firmen des Landes, so die Partei, erzielen ihre Gewinne zum größten Teil aus den Zinsen für Staatsanleihen. Der produktive Sektor sei nur noch zu 30% ausgelastet, und mit 190 Milliarden Dollar übersteige die Summe der Inlands- und Auslandsschulden das Nationaleinkommen. Die türkische Wirtschaft sei eine Rentenwirtschaft, die über Mechanismen wie Inlandsverschuldung, Hyperinflation, offene Kreditgewährung und verdeckte Bezuschussung der großen Holdings in enormem Umfang Geld von unten nach oben verteile. Demgegenüber litten die kleinen und mittelgroßen Unternehmer Anatoliens (und diejenigen anatolischer Herkunft in den Städten), die fast die Hälfte der Produktion und Beschäftigung sicherten, unter Auszehrung und erhielten nur circa 5% der staatlichen Kredite und Unterstützungen. Abhilfe schaffen könne nur ein großes Infrastrukturprogramm, das die Benachteiligung der südöstlichen und zentralanatolischen Regionen ausgleiche und eine Umorientierung des Staates von der Rentenwirtschaft auf den produktiven Sektor einleite.

Mit dem Verweis auf die wirtschaftliche Benachteiligung Südostanatoliens glaubt die Wohlergehenpartei auch die Situation der kurdischsprachigen Bevölkerung abgedeckt zu haben, denn das Wort »Kurde« kommt im Programm nicht vor, und auch von kulturellen Forderungen der Bevölkerung des Südostens ist nicht die Rede. Statt dessen wird erneut die Gefahr einer Abspaltung der mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete beschworen.

Aktuelle Lage und Politik der SP

In Umfragen liegt die SP heute bei 2,6% der Stimmen, ihr natürlicher Führer Necmettin Erbakan ist noch für zwei Jahre aus der Politik verbannt, und es ist fraglich, ob er je an die Spitze der Partei zurückkehren kann. Die dynamischen Teile des pro-islamischen Spektrums sympathisieren mit der AKP, so der pro-islamische Unternehmerverband MÜSIAD,⁸² und auch von der europäischen Milli-Görüş-Bewegung heißt es, daß sie auf Erdoğan eingeschwenkt sei.⁸³ Die SP befindet sich in einer nahezu ausweglosen Situation. Weder die innen- noch die außenpolitische Lage erlauben die Rückkehr zu einer »islamistischeren« Politik, die darüber hinaus auch keinen nennenswerten Anklang mehr finden würde. Das Programm und selbst das Logo der Partei scheinen eine Sehnsucht nach RP-Zeiten zu signalisieren, als die Welt noch übersichtlich in Gut und Böse getrennt war. Anders als der AKP scheinen der SP als Basis die eher in sich geschlossenen Migrantengruppen zu bleiben, die noch stärker ländlich geprägt sind, die Moscheegemeinden, deren Grenzen die RP Mitte der 90er Jahre schon gesprengt hatte.⁸⁴

Die SP wird deshalb ihr Heil eher in einer Politik suchen, welche die Verpflichtung des Staates betont, Modernisierungsverlierern unter die Arme zu greifen. Hier liegt auch der Ansatz zu einer isolationistischen Politik, die sich westlichen (kulturellen und wirtschaftlichen) Einflüssen verschließen möchte.

Anders als in der AKP könnte hier prinzipielle Opposition angesagt sein, die internationale Modernisierungs- und Globalisierungstrends grundsätzlich hinterfragt. Eine solche Politik, die von jüngeren Leuten

⁸² Abdullah Gül im Gespräch mit dem Autor im November in Ankara.

⁸³ Radikal, 2.10.2001, und Hürriyet, 20.8.2001.

⁸⁴ Mehmet Bekaroğlu im Gespräch mit dem Autor im November 2001 in Ankara.

wie Mehmet Bekaroğlu, Fethullah Erbaş, Şeref Malkoç und Fehmi Adak vertreten werden könnte, wird allerdings früher oder später auf den Widerstand der in der Partei tonangebenden alten Garde stoßen müssen, die immer wieder rein pragmatische und opportunistische Politik betrieben hat. Eine tragfähige Perspektive ist nicht in Sicht, und Kutan hat nicht ohne Grund gefordert, die Parteien sollten die Möglichkeit haben, Wahlbündnisse miteinander einzugehen. Nur im Verein mit anderen Parteien der Rechten haben die Abgeordneten der SP Chancen auf eine Wiederwahl. Sollte sich dies nicht realisieren lassen und sich gleichzeitig herausstellen, daß Erbakan nicht in die Politik zurückkehrt, dürften die Tage der SP gezählt sein.

Wie die AKP hat auch die SP die liberalisierenden Verfassungsänderungen mitgetragen. Sie war außerdem die Vorreiterin bei der Anrufung des Verfassungsgerichts durch 110 Abgeordnete, die die Erteilung eines »örtlich und zeitlich unbegrenzten« Mandats an die Regierung zur Kriegsführung im Rahmen der amerikanischen Aktion gegen das Bin-Laden-Netzwerk Al-Kaida als verfassungswidrig ansehen. Bei »nationalen Problemen« wie der Zypernfrage steht die SP, ganz wie die AKP, hinter der Regierung. Es gehört in der Türkei zum guten oppositionellen Ton, in der Außenpolitik unnachgiebiger und nationalistischer aufzutreten als die Regierung.

Abschließende Thesen

► Die Bezugnahme auf »den Islam« ändert sich zusammen mit der Entwicklung der politischen Gesellschaft

Religiöse Identität und Zugehörigkeit, religiöses Gefühl und religiös konnotierte Moralität sind ein fester Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Türkei und damit ein zu berücksichtigender politischer Faktor.

Im Laufe der Republikgeschichte hat sich die Bedeutung der Religion in der Politik stark gewandelt. In der Einparteienperiode war »der Islam« zentraler Bestandteil der Identität von weiten Kreisen einer stark provinziellen Bevölkerung und gewann daraus seine politische Bedeutung. Seit Ende der 60er Jahre war »Islam in der Politik« Synonym für den politischen Aktionismus traditioneller muslimischer Kreise, deren Programm von den Interessen des anatolischen Mittelstandes bestimmt wurde. In den 80er Jahren entwickelte sich »der Islam« als moderne Ideologie. Diese fand bei einem großen Teil der anatolischen Migranten Anklang, welche in den Großstädten neue Gemeinschaftlichkeit zu organisieren hatten. Heute lehnen die Aktivisten von damals, die aus »dem Islam« eine politische Ideologie machen wollten, die Idee eines islamischen Staates ab. Statt einer pro-islamischen propagieren sie eine Partei, die zwar religiöse Gebundenheit als wichtiges Element gesellschaftlicher Kohäsion und Solidarität begrüßt, jedoch ansonsten Religionsfreiheit und Demokratie einfordert.

► Auch die Frommen denken heute zunehmend in säkularen Kategorien über Religion nach

Die entscheidende Neuerung im Diskurs der beiden Parteien, die aus der Spaltung der Tugendpartei hervorgegangen sind, ist die Bezugnahme auf universelle Werte. Diese Wandlung tritt bei der AKP stärker hervor als bei der SP, ist aber auch dort festzustellen.

Früher kritisierte die pro-islamische Ideologie das republikanische Regime wegen seiner »Entfremdung vom Volke« und von dessen religiösem und geschichtlichem Bewußtsein. Man suchte damals einen sich universell gebärdenden Staat, der das Land verwestlichen wollte, mit Verweis auf den muslimischen und anatolischen Charakter des Volkes zu delegitimieren. Heute werden universelle Werte wie Demokratie, Zivil-

gesellschaft, Gleichheit und die Rechte des Individuums gegen den Staat ins Feld geführt, der diese universalen Rechte gerne relativiert und seinerseits auf die innen- und außenpolitischen Besonderheiten der türkischen Situation verweist, die eine volle Gewährung der Menschenrechte nicht zuließen.

Damit wurden die Rollen getauscht: Der Staat argumentiert partikularistisch, und die ehemals pro-islamische Bewegung argumentiert universalistisch. Daß Erbakan in seiner Regierungszeit (Ende der 70er Jahre und Ende der 90er Jahre) so gut wie keine Anstalten machte, eine demokratischere Politik zu realisieren und die Freiheiten der Opposition zu garantieren, mindert heute die Glaubwürdigkeit seiner ehemaligen Mitstreiter. Doch gilt dies auch für alle anderen Parteien des Landes, die in den letzten 20 Jahren die Regierung stellten.

► Die soziale und wirtschaftliche Basis des pro-islamischen Milieus reproduziert sich in einem fort

Mit pro-islamischem Milieu ist ein Milieu gemeint, in dem Frömmigkeit und konservative Sittlichkeitsvorstellungen einer größeren Rolle als in der restlichen Gesellschaft spielen und in dem sich der kulturelle Code zu einem gewissen Grade religiöser Begriffe und Vorstellungen bedient. Dieses Milieu hat sich 1971 mit der provinziellen MNP/MSP erstmals eine von den Mitte-Rechts-Parteien getrennte politische Repräsentationsmöglichkeit geschaffen.⁸⁵ In den 90er Jahren jedoch bezog die Wohlfahrtspartei ihre Dynamik aus den großen Städten und war die Partei, die im Verhältnis die meisten Stadtbewohner ansprach. Heute leben 65% der türkischen Bevölkerung in Städten, und die Dynamik des pro-islamischen Milieus ist ungebrochen.

Bereits in den 70er Jahren wurden kleine Händler und Gewerbetreibende, Handwerker und anatolische Kleinunternehmer als der aktive und bestimmende Teil der pro-islamischen Parteien beschrieben. In Arbeits- und Lebenszusammenhängen, wie sie am typischsten vom Familienbetrieb verkörpert werden,

⁸⁵ Damals stand der Erfolg der pro-islamischen Parteien in umgekehrtem Verhältnis zum Entwicklungsgrad der Provinzen.

scheinen konservative Sittlichkeit, die Aufrechterhaltung patriarchaler Autorität und genau definierter Geschlechterrollen wie von selbst »Sinn zu haben«. In solchen Verhältnissen ist Religion konkrete Verhaltenslehre, die die eigene private Lebensführung legitimiert und damit auch die davon abweichende Lebensführung der anderen (z.B. die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Frau im Industriebetrieb) verurteilt. In solchen Verhältnissen kann Religion gleichzeitig auch politische Ideologie sein. Sie legitimiert dann die eigene Stellung in der Wirtschaft (z.B. die des genügsamen und ehrlichen Handwerkers/Selbständigen) gegen die Stellung der »anderen« (des Großkapitals, dessen stete Expansion in Handel und Industrie als Bedrohung erlebt wird) und klagt den Reichen der Zentren gegenüber »Gerechtigkeit« ein. Nicht ohne Grund sind die prägnantesten Feindbilder der pro-islamischen Parteien vor 1980 der »kosmopolitische Industrielle«, die »internationale Zinsknechtschaft« sowie die »kommunistischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten« der Großindustrie.

Die 60er und 70er Jahre waren in der Türkei eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs, durch eine importsubstituierende Industriepolitik gekennzeichnet, und eine rasche Industrialisierung schien im Einklang mit den herrschenden Parametern des Fordismus zu stehen. Im Fordismus sind die gesellschaftlichen Arbeitsvorgänge durch die Großindustrie geprägt, deren hauptsächliche soziale Gruppen (Arbeiter/Angestellte mit relativ festen Verträgen) das gesellschaftliche Erscheinungsbild bestimmen. Diese Gruppen bilden moderne Identitäten und politische Orientierungen aus, die ihrer Tätigkeit in Produktion und Distribution entsprechen. In den 70er Jahren erschien die »islamische« Reaktionsbildung des provinziellen Anatolien auf die Bevorzugung und Bevorteilung der »Istanbuler« Großindustrie durch den Staat rückwärts gewandt und wurde als ein vorübergehendes Phänomen betrachtet.

Doch anders als erwartet, hat sich die als Fordismus bezeichnete Organisation gesellschaftlicher Arbeit in der Türkei nicht durchgesetzt.⁸⁶ Mit der Änderung der Wirtschaftspolitik nach 1980, ihrer internationalen Öffnung und Exportorientierung hat sich auch in der Türkei die Ausprägung der produzierenden Arbeit geändert. Im Einklang mit internationalen Entwick-

lungen bestimmen das Bild zunehmend Phänomene wie Lizenzproduktion und/oder Produktion für internationale Marken, Variationen eines Grundprodukts mit jeweils kleineren Stückzahlen, schlanke Produktion, Subunternehmertum, eine Fülle kleinerer Betriebe auf relativ niedrigem technischen Stand, große Mobilität der Arbeitskräfte und geringe Arbeitsplatzsicherheit.⁸⁷ Diese kleineren Betriebe der Subunternehmer, die in internationale Produktionspläne eingebunden sind, beruhen in Schwellenländern oft auf »domestic, artisanal, familial (patriarchal) and paternalistic ... labour systems«.⁸⁸

Tatsächlich sind in den türkischen Provinzstädten Denizli, Antep, Konya, Çorum und Edirne, die in den letzten 20 Jahren starkes Wachstum und eine spezifische Industrialisierung erfahren haben, 80% der Produktionsbetriebe erst nach 1980 und fast 50% erst nach 1990 entstanden. Fast 50% dieser Betriebe arbeiten als Subunternehmen. Ein Drittel ihrer Gründer haben nur die (früher) fünfklassige Volksschule besucht, und ein weiteres Drittel verfügt nur über den Abschluß der Mittelschule bzw. des Gymnasiums. Kinder- und Frauenarbeit ist in diesen Betrieben nichts Ungewöhnliches.⁸⁹

Der muslimisch geprägte Unternehmerverband MÜSİAD wurde 1990 als Gegenwicht zum Großunternehmerverband TÜSİAD gegründet. MÜSİAD ist die wirtschaftliche Organisation konservativer kleinerer und mittlerer Unternehmer, und die Mehrzahl seiner Mitglieder beschäftigt immer noch weniger als 25 Personen.⁹⁰ Der ehemalige MÜSİAD-Präsident Erol Yazar beschreibt das seiner Meinung nach für Betriebe dieser Größenordnung günstige Betriebsklima: »It seems, that the information society demands many characteristics of the pre-industrial, agricultural societies: family values, small and medium sized enterprises, and non-profit voluntary organizations.«⁹¹ Yazar verweist darauf, wie sich Produktionsbedingungen und moralische Orientierung ineinander fügen,

⁸⁷ Auch in den entwickelten Ländern hat der einst totgesagte Trend zur Selbständigkeit, die oft nur verschleierte abhängige Beschäftigung ist, seit Ende der 70er wieder zugenommen (G. Steinmetz/E. O. Wright, *The Fall and Rise of the Petty Bourgeoisie*, in: *American Journal of Sociology*, 94 [1989] 5, S. 973–1018).

⁸⁸ David Harvey, *The Condition of Postmodernity*, Oxford 1989, S. 152.

⁸⁹ Gülalp [Fn. 88], S. 437.

⁹⁰ Gülalp [Fn. 88], S. 439.

⁹¹ Erol Yazar, *A New Perspective of the World at the Threshold of the 21. Century*, Istanbul: MÜSİAD, o.J., S. 8.

⁸⁶ Vgl. zum folgenden Haldun Gülalp, *Globalization and Political Islam: The Social Basis of Turkey's Welfare Party*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 33 (August 2001) 3, S. 433–448.

sich gegenseitig verstärken und die Basis für die Reproduktion des pro-islamischen Milieus bilden.

Dieser durch Produktionsbedingungen und kulturelle Orientierung geeinte Teil der Bevölkerung, in dem Arbeit und Kapital nur schwer zu trennen sind, sieht sich des ihm zustehenden Stücks des Kuchens beraubt: Nur 3-4% der staatlichen Kredite gehen an die Klein- und Mittelbetriebe, obwohl sie 90% aller Betriebe ausmachen und mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Produktionsgewerbe stellen.

Der Diskurs der Parteien des pro-islamischen Milieus bezieht einen Teil seiner Kraft aus dieser ökonomischen Situation, in der sich Unternehmer zusammen mit ihren Beschäftigten, Migrantenfamilien in den Außenbezirken der Städte, Wirtschaftsunternehmen (vom konservativen Bekleidungshaus bis zum alternativen »zinslosen« Bankhaus), die Intellektuellen aus den Verlagen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern des Milieus sowie ein Teil der anatolischen Bourgeoisie vereint finden. Diese neuen anatolischen Mittelschichten werden auch in Zukunft nach einer eigenen politischen Repräsentation verlangen und müssen in das demokratische System des Landes integriert werden.

► Die beiden neuen Parteien trennt nicht Religion, sondern Markt und Staat

Bei der Beobachtung des innerislamischen Streits konzentrieren sich in- und ausländische Beobachter oft zu sehr auf die ideologische Komponente und übersehen, daß es nicht nur um ein Ja oder Nein zur Politisierung der Religion oder zur Demokratie geht. Wesentlich ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und die Vorstellung, wie eine politische Gesellschaft funktioniert.

Die Reformer der AKP vertrauen eher auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und unterstützen Privatisierungen vorbehaltlos, während die Traditionalisten der SP teils aus sozialen, teils aus nationalen Beweggründen einen auch in der Wirtschaft einflußreichen Staat für unverzichtbar halten.

Die AKP wird nicht nur vom zahlenmäßig größeren, sondern auch vom dynamischeren Teil des pro-islamischen Milieus unterstützt. Ihr Ziel ist die Herrschaft des Marktes, auf dem sich das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital des Milieus in freier Konkurrenz mit der laizistischen Elite messen kann. Die Partei setzt deshalb stärker auf eine offene Gesellschaft und auf die Legitimität zivilgesellschaftlichen Engagements, was den Staat, der in der Türkei alle Sphären gesellschaftlichen Lebens direkt kontrolliert,

zurückdrängen und Freiräume schaffen soll. Es ist eine Bewegung der Mittelschichten, die alle radikalen Töne vermeidet, da sie die Integration ins System, nicht seinen Umsturz will und seine graduelle Veränderung predigt.⁹²

In diesem gesellschaftlichen Konzept, das die Rolle des Staates in einem fast neoliberalen Stil zurückführen will, ist für die Idee eines islamischen Staates, der alle Lebensbereiche nach seiner Ideologie zu formen hätte, kein Platz, wohl aber für eine muslimische Gesellschaft, die die bislang bestehenden Einschränkungen im religiösen Leben nicht hinnehmen will. Die Aufhebung dieser Einschränkungen kann durchaus zu einer Verstärkung konservativer Moralität durch effektive Sozialkontrolle führen.

Die SP ist auf die stärker marginalisierten Segmente des Milieus zurückgeworfen. Erbakans Politik war stets primär auf die Eroberung der Regierungsmacht gerichtet, um die damit gegebenen Distributionsmöglichkeiten für die Klientel seiner Partei zu nutzen. Die wirtschafts- und entwicklungspolitischen Vorstellungen, wie sie im Programm der SP auftauchen, sehen den Staat nach wie vor als Hauptakteur der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Eine klassisch zu nennende klientelistische Haltung prägt deshalb nicht nur die innere Struktur der SP, in der nach wie vor Erbakans Wort ausschlaggebend ist, sondern auch die Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen der Partei.

Die Trennung der »Traditionalisten« von den »Reformern« verläuft entlang eines eher staatsorientierten und eines eher gesellschaftsorientierten Konzepts von Politik. Was die AKP und die SP trennt, ist weniger der Streit, ob Religion politisiert werden sollte und ob man sich zur Demokratie bekennt, sondern die eher marktwirtschaftliche Strategie der AKP im Gegensatz zu der eher traditionellen und staatszentrierten Strategie der SP.

92 Ömer Laçiner, Adalet ve Kalkınma Partisi: orta sınıfın sahneye çıkışı [AKP: die Mittelschichten betreten die (politische) Bühne], in: Birikim, (September 2001) 149, S. 3-8.